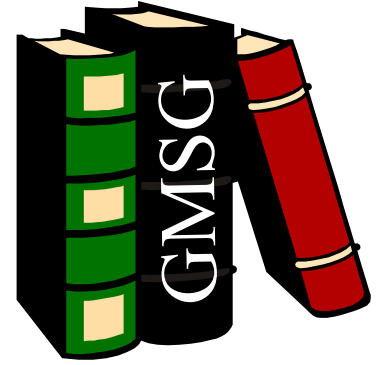




NEWSLETTER

der Gesellschaft Muslimischer
Sozial- & GeisteswissenschaftlerInnen



Ausgabe Nr. 2/98

Preis : 3,50 DM

Editorial

Vor Euch liegt die neueste Ausgabe des GMSG Newsletters, später als geplant aber nun doch noch zu einem Ende gekommen. Diese Ausgabe beschäftigt sich mit dem Leitthema Kopftuch in Deutschland, was nun wieder aktueller denn je geworden ist. Nach dem für Muslime überraschendem Urteil der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan die Grundschullehrerin Fereshta Ludin nicht in den öffentlichen Schuldienst zu übernehmen da sie eine Kopfbedeckung trägt, die Frau Schavans Ansicht nach in der Schule nichts zu suchen hat, wurde erneut eine Diskussion eröffnet die viele Muslime für längst beendet hielten. Seit es höchstrichterliche Urteile gibt, die es den muslimischen Frauen ermöglichen auch mit Kopftuch einen Personalausweis oder Paß zu erhalten und auch in Ihrem Führerschein mit Kopftuch abgelichtet zu werden, seit es höchstrichterliche Urteile gibt, die es jungen muslimischen Mädchen und Jungen ermöglichen nicht am koedukativen Schwimm- und Sportunterricht teilzunehmen, seit es höchstrichterliche Urteile gibt, die sicherstellen, daß Muslime auch am Arbeitsplatz ihr Gebet verrichten

können sind viele Muslime zu der Überzeugung gelangt, daß es auch als praktizierender Muslim möglich ist aktiv an der Gestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Das Urteil der baden-württembergischen Kultusministerin hingegen weist in eine andere Richtung. Interessant hierbei war vor allem, daß Frau Schavan zu der Überzeugung gelangte, daß es für muslimische Frauen gar keine Verpflichtung gäbe in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen. Wenn staatliche Entscheidungsträger zu entscheiden beginnen, was Inhalt einer Religionslehre ist und was nicht, dann hilft dies sicher nicht z.B. praktizierenden Muslimen zu zeigen, daß auch Sie ihren Platz in dieser Gesellschaft haben. Die innerislamische Diskussion um die Entwicklung einer europäischen oder deutschen islamischen Identität als Ergebnis eines g e l u n g e n e n Integrationsprozesses in die Mehrheitsgesellschaft ist in vollem Gange und wir hoffen, daß wir auch hier Anregungen geben können und ihr Eure Gedanken und Vorstellungen zu diesem Thema an uns weiterleitet um auch im Rahmen dieses Newsletters eine Diskussionsforum bereitzustellen. In dieser Ausgabe beschäftigen sich zwei Artikel in der Rubrik Meinungen mit dieser Fragestellung. Schade ist es, daß meist nur jene muslimischen Frauen zu Wort

kommen, die in der Öffentlichkeit selbst kein Kopftuch tragen und somit meist von der Ausgrenzung selbst gar nicht betroffen sind, wir würden uns wünschen wenn mehr muslimische Mädchen und Frauen, die das Kopftuch als Bestandteil ihrer religiösen Identität verstehen und leben zu Wort kommen.

Langfristiges Ziel unserer Bemühungen muß es sein eine moderne deutsch-islamische Identität, die es dem Muslim und der Muslima einerseits ermöglicht seine oder ihre Religion einem eigenem Selbstverständnis entsprechend zu leben und andererseits der gesellschaftlichen Mehrheit die Angst vor der Bedrohung durch bestimmte religiöse Praktiken nimmt, zu entwickeln. Der Islam ist immer der selbe werden viele Muslime nun feststellen, das ist auch richtig, jedoch kann der Fiqh, die Umsetzung der Glaubensinhalte in die jeweilige Gesellschaftsstruktur durchaus unterschiedlich sein, da er von Traditionen und kulturellen Unterschieden geprägt ist. Hier liegt die besondere Herausforderung für die muslimische Minderheit in Deutschland, und hier müssen wir gemeinsam bemüht sein einen innerislamischen Konsens zu erzielen. Zu den weiteren Themen die in kommenden Ausgaben des Newsletters als auch der GMSG Tagungen von uns angedacht wurden zählt neben der Auseinandersetzung mit der Frage der "Integration von Muslimen in die

Mehrheitsgesellschaft" das Thema über "die Rolle der Frau in der Gesellschaft", sowie "die Etablierung islamischer akademischer Einrichtungen" als auch eine Beschäftigung mit dem Thema "Islam, Zionismus und Antisemitismus". Vorschläge und Beiträge sind herzlich willkommen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nochmals auf unser Jahrbuch hinweisen welches unter dem Arbeitstitel "Islam in Deutschland" anfang des kommenden Jahres erscheinen soll. Da wir von verschiedener Seite wiederholt erfahren haben, daß dieser Aufruf bereits in Vergessenheit geraten ist drucken wir hier nochmals unseren Call for papers ab. Außerdem haben wir festgestellt, daß vielen Lesern die Konzeption des Newsletters nicht ausreichend präsent ist, weshalb wir auch dies nochmals drucken. Viel Spaß beim lesen und in der Hoffnung auf konstruktive Kritik verbleibt Euer

GMSG Vorstand

Konzeption des Newsletters

Der Newsletter soll der Information und der Vernetzung dienen. Vorgesehen sind drei Ausgaben pro Jahr, die im Abonnement für 10.- DM erhältlich sind. Folgende Bereiche sollen behandelt werden:

GMSG-Informationen (Tagungsankündigungen, Call for papers etc.)

Neuerscheinungen (Inland und Ausland)

Rezensionen (von Büchern, die für die GMSG-Mitglieder von Interesse sind)

Porträt muslimischer und nichtmuslimischer wissenschaftlicher Zeitschriften

Da der Islam immer mehr das Augenmerk der Öffentlichkeit auf sich zieht, gibt es inzwischen viele Zeitschriften, die sich mit Islam, Muslimen und islamischen Ländern beschäftigen. Neben Zeitschriften, welche Orientalisten im Westen herausgeben, publizieren auch Muslime eine Vielzahl von Periodika, die nicht nur in ihren Heimatländern, sondern auch in der Diaspora zu einem "kommunikativen Vehikel" geworden sind. Durch die Mannigfaltigkeit der Zeitschriften verliert man allerdings leicht den Überblick, zumal diese in verschiedenen Sprachen erscheinen.

In dieser Rubrik möchten wir in Zukunft die uns bekannten Periodika zugänglich machen. Neben nicht-muslimischen Zeitschriften über islamische Länder, die als "must reading" gelten, werden vorwiegend muslimische Periodika vorgestellt.

Porträt muslimischer und nichtmuslimischer wissenschaftlicher Institutionen

Konferenzberichte

Termine (Tagungen u. andere Veranstaltungen)

Schwarzes Brett (gesuchte und abzugebende Literatur, wissenschaftliche Kontakte, Stellenausschreibung etc.)

Zu all diesen Bereichen - und ggfs. zu weiteren - wird um Meldung und Beiträge gebeten!

Zum Thema Jahrbuch

In den Medien, in Politikerreden und in sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen werden gerade in jüngster Zeit erschreckende Bilder vom Islam entworfen. Geht es in internationalen Debatten um die Prognose eines drohenden "Zusammenpralls der Kulturen", warnen Wissenschaftler wie die Forschungsgruppe um den Bielefelder Pädagogen Wilhelm Heitmeyer vor dem Entstehen einer muslimischen "Parallelgesellschaft" in Deutschland und einer unter türkischen Jugendlichen zunehmenden Gewaltbereitschaft, forciert durch subversive Machenschaften "islamisch-fundamentalistischer" Organisationen. Und Der Spiegel verkündet populistisch bereits das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft. Muslime und Musliminnen kommen in diesen Debatten allenfalls mit einigen Interview-Sätzen oder als Alibifigur bei Podiumsdiskussionen und Talkshows zu Worte. Von eigenen, auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft einwirkenden wissenschaftlichen und Medienbeiträgen ganz zu schweigen. Um diesem Ungleichgewicht in der öffentlichen Debatte etwas entgegenzusetzen, könnte ein Jahrbuch "Islam in Deutschland" einen Beitrag leisten.

Das Jahrbuch soll einmal jährlich erscheinen, beginnend mit dem Jahrgang 1998.

Es soll Beiträge zu folgenden Themenbereichen enthalten:

- * Situation von MuslimInnen in der BRD (auch einzelne Gruppen wie Frauen, Kinder, alte Leute, Studentinnen, Strafgefangene usw.)
- * unter hier lebenden MuslimInnen geführte Debatten, z.B. über Erziehung, Integration, Verhältnis zu den muslimischen "Heimatländern", Religionsunterricht usw.
- * Erträge muslimischer Forschungs- und Publikationstätigkeit, z.B. Ergebnisse islamwissenschaftlicher Forschung in der BRD, Herausgabe von Zeitschriften oder Mediendiensten, Übersetzungsprojekte usw.
- * Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen der Integration in eine nicht-muslimische Gesellschaft und mit Fragen der sozialen/politischen Partizipation
- * Stellungnahmen zu den in der deutschen Öffentlichkeit geführten Debatten ("clash of civilizations", "Fundamentalismus" usw.), zur Medienberichterstattung, zu politischen Entscheidungen, Gerichtsurteilen usw.

Die Beiträge sollen einen deutlichen Bezug zur BRD (Europa/Abendland) bzw. dem abendländischen Denken haben. Das Jahrbuch ist also z.B. nicht gedacht für theologische, rechtliche oder ähnliche Grundsatzartikel.

- * Themenvorschläge (mit kurzer Inhaltsskizze):
- * Abgabe der Manuskripte:
- * Erscheinungstermin:

30. November 1998
15. Dezember 1998
Anfang 1999

Konferenzbericht: MSGG-Tagung 17.05.98 in Köln-Riehl

Islam und Menschenrechte

Bei unserer diesjährigen Frühjahrstagung wurde das Impulsreferat zum Thema "Islam und Menschenrechte. Debatten und Argumentationsstrategien" von Dr. Norbert Müller, Rechtsanwalt aus Hamburg, gehalten.

Nach einem kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte der im Westen vorherrschenden Interpretation von Menschenrechten als spezifisch im Kontext europäischer Philosophien und gesellschaftlicher Bedingungen entstandenes Konzept konzentrierte sich der Referent auf die Frage, welche Menschenrechte für islamische Gesellschaften wichtig seien.

Müller machte deutlich, daß die ewigen Prinzipien des Islam, die unter verschiedenen Bedingungen gelten, zugleich offen und flexibel angewendet werden könnten, um die universale und überzeitliche Botschaft der Offenbarung jeweils entsprechend dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung zur Lösung anstehender Probleme und Fragen zu interpretieren. Auch in islamischen Gesellschaften, die den Weg zur Moderne ebenfalls vollzogen haben, bestehe die Notwendigkeit von Regulierungen, um Rechtssicherheit und Menschenrechte der einzelnen Gesellschaftsmitglieder zu garantieren. Dies solle jedoch nicht - wie von westlicher Seite häufig in den Debatten gefordert - im Rückgriff auf die europäische Philosophie geschehen, sondern unter Berufung auf den Islam, der für den Einzelnen in der Balance zwischen gottgegebener Freiheit einerseits und den sich aus dem Platz des Individuums in der göttlichen Ordnung ergebenden Pflichten andererseits Rechtssicherheit in Bezug auf Menschenrechte ermöglicht. Der zwischen dem Westen und dem Islam ausgetragene Streit über Menschenrechte ist daher weniger an dem im Prinzip gleichen Katalog einzelner Rechte festzumachen, als vielmehr an den Fragen: Welches Recht geht vor? Wo sind die Schranken von Rechten? In welche Rechte darf wann eingegriffen werden? Bei einer Werteentscheidung für das

westliche System wird deutlich, daß dort die Individualisierung Vorrang hat, während der Islam andere Prioritäten setzt, die im Einzelfall des Individuum einschränken zugunsten des Schutzes/der Entwicklung der Gemeinschaft.

Die anschließende Diskussion verdeutlichte nochmals die grundsätzliche Entscheidung zwischen einer restaurativen islamischen Ordnung ohne die Möglichkeit von (abgeleiteten) Neuerungen einerseits und der Konzeption eines islamischen Staates in kreativer Anwendung der islamischen Grundlagen auf die Probleme unserer Zeit andererseits. Nach dieser Interpretation wären Menschenrechte im Islam - festgeschrieben in einer Verfassung, die Rechtsstaatlichkeit garantiert - folglich eine Schöpfung des Menschen mithilfe der Werte und Quellen, die er/sie von Allah bekommen hat, d.h. im göttlichen Rahmen und nicht nur ein von außen den Muslimen übergestülptes und den eigenen Quellen widersprechendes Konzept des Westens. [Artikel, die dem Vortrag von Norbert Müller zugrundeliegen, können im MSGG-Büro gegen Kopierkosten angefordert werden.]

In der anschließenden Mitgliederversammlung gab IP zunächst einen Überblick über die bisherige Arbeit, wobei deutlich wurde, daß der Vorstand allein die angestrebten Ziele (Information und Vernetzung, Aufbau einer ExpertInnen-Kartei, Bibliothek, internationale Kooperationen, Unterstützung und Beratung intern und nach außen) nicht durchführen kann, auch wenn bereits vieles angegangen wird. Das - einigermaßen - regelmäßige Erscheinen des Newsletters, die Arbeit am Jahrbuch Islam 1998 sowie die Vorbereitung der Tagungen sind neben den laufenden Büroarbeiten und den Aufgaben des Fund-raising, der Kontaktpflege und Mitgliederwerbung schon jetzt recht zeitintensiv. Weitere AktivistInnen und

UnterstützerInnen (laufender und besonderer Aufgaben) sind daher jederzeit willkommen, zumal der Vorstand sich verkleinert hat, da Senay Akar aus persönlichen Gründen zurückgetreten ist und es auf dieser MV zu keiner Neu-/Nachwahl kam.

Der anschließende Austausch in drei AG's (Islamwatch; Öffentlichkeitsarbeit und islamische Positionen in gesellschaftlichen Debatten) machte v.a. deutlich, wie wichtig die interne Vernetzung der Mitglieder und InteressentInnen ist, die jeweils über vielfältige Kontakte und z.B. Werbemöglichkeiten verfügen. Hier könnte dem Vorstand der MSGG noch viel aktiver zugearbeitet werden, kann der Newsletter als Diskussions- und Info-Forum genutzt werden, um untereinander mehr mitzubekommen. Diskussions- und Einmischungsbedarf ist jedenfalls vorhanden.

Die MSGG ist als Verein anerkannt und gemeinnützig; Spenden können von der Steuer abgesetzt werden. Die Mitgliedsbeiträge sowie Spenden von sympathisierenden InteressentInnen, die sich (noch) nicht zur Mitgliedschaft durchringen können, bitten wir, auf folgendes Konto zu überweisen: MSGG (bei der Dresdener Bank Köln), Konto-

**Impressum:**

V.i.S.d.P.

Ibrahim F. El-Zayat

Osterather Str. 7

50739 Köln

Tel / Fax 0221 - 917 10 58 / 59

Redaktion:

Irmgard Pinn / Ibrahim F. El-Zayat

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Marlies Wehner, Zehra Korkmaz,

Amina Erbakan

Konferenzbericht:

Islam in Deutschland. Zukunftschancen unserer politischen Kultur. Gemeinsame Tagung des Kulturwissenschaftlichen Instituts und des Zentrums für Türkeistudien. 28. - 29. Mai

Islam in Deutschland. Zukunftschancen unserer politischen Kultur. Gemeinsame Tagung des Kulturwissenschaftlichen Instituts und des Zentrums für Türkeistudien. 28. - 29. Mai 1998

(von einer, die auszog, etwas über die politische Kultur in Deutschland zu erfahren)

In insgesamt sieben Themenblöcken und zwei öffentlichen Veranstaltungen wurde über die Situation der Muslime in westlichen Gesellschaften diskutiert. Viele ExpertInnen und islam-kritische Muslime sowie wenige Vertreter islamischer Positionen debattierten über die Kompatibilität des Islam mit dem Grundgesetz, die Frage nach der nationalen Identität in Deutschland, den Islam im europäischen Vergleich, die Bedeutung der Religion im säkularen Rechtsstaat, islamischen Religionsunterricht, die Lage des Islam in Deutschland und die Positionen politischer Parteien zum Islam. Öffentlichkeitswirksam hielt Ignatz Bubis einen Vortrag zum interreligiösen Zusammenleben in Deutschland; am gleichen Abend fand eine Podiumsveranstaltung zum Titel der Tagung statt.

Was konnte man von der Tagung mit nach Hause nehmen? Wo ist die Diskussion vorangekommen?

Tatsächlich ließ die Tagung auf mehr hoffen, als dann tatsächlich stattfand. Ein hochgestecktes und aktuelles Thema hätte zu einer fruchtbaren **B e g e g n u n g** und Auseinandersetzung zwischen Eingeborenen und Zugewanderten, Vertretern christlich-abendländischer Positionen und Muslimen werden können, wobei Fragen wie die nach den Rahmenbedingungen für die Integration in die deutsche Gesellschaft, Möglichkeiten der Gleichstellung verschiedener Religionsgemeinschaften im säkularen Rechtsstaat, die Vielfalt des Islam in Deutschland intensiv

hätten diskutiert werden können. Statt aber das Gespräch mit dem Islam in Deutschland, mit muslimischen Positionen in unserer Gesellschaft zu suchen, fanden sich in den zahlreichen Themenblöcken lediglich zwei ausgewiesene Vertreter islamischer Organisationen: Ibrahim Cavdar (VIKZ) durfte sich zu "Islam und Grundgesetz" äußern, Wolf Aries (Zentralarchiv Islam) gab eine Stellungnahme zur "Bedeutung der Religion im säkularen Rechtsstaat" ab. An der Abendveranstaltung nahm Mehmet Erbakan (IGMG) teil. Ansonsten wurde eher über den Islam verhandelt, in der Mehrzahl von ExpertInnen, von bekanntermaßen islam-kritischen Positionen aus. Zum Xten Mal wurde z.B. der islamische Religionsunterricht erörtert, wobei das Referat von Klaus Gebauer (Landesinstitut Soest) sowie die Stellungnahmen von Petra Kappert (Uni HH) und Tayfun Keltok (LAGA NRW) nichts anderes erwarten ließen, als das Festhalten an irgendeiner Lösung, nur ohne Beteiligung der in Deutschland lebenden Muslime und ihrer Verbände. Auch hier wurde eine Chance vertan, den Islam als Teil dieser deutschen Gesellschaft zu akzeptieren und dies in die Forderung nach einer entsprechenden Praxis einmünden zu lassen - nichts anderes ist die längst überfällige Einführung eines islamischen deutschsprachigen Religionsunterrichts als ordentliches Schulfach im Einvernehmen mit der islamischen Religionsgemeinschaft. Gerade dieser Themenblock machte deutlich, woran die Debatte über den Islam in Deutschland krankt: zwar ist der Islam im Zuge der Arbeitsmigration zu uns gekommen, zunächst als "Gastarbeiterreligion", mit dem Image einer vorübergehenden Präsenz und überwiegend - an

deutschem Standard gemessen - rückständigen Modellen der Lebensgestaltung. Die inzwischen drittstärkste Religionsgemeinschaft in Deutschland aber als Teil der deutschen (politischen) Kultur zu verstehen, entsprechend anzuerkennen, rechtlich gleichzustellen und nicht zuletzt in **g e s e l l s c h a f t l i c h e** Auseinandersetzungen mit ebenbürtigen Positionen einzubeziehen, scheint die Eingeborenen sowie auch die islam-kritischen Muslime (die in Deutschland besonders gerne als "Anwälte" islamischer Positionen mitmischen dürfen) zu überfordern. So wurde islamischer Religionsunterricht weiterhin **f a v o r i s i e r t** in nationalitätenspezifischen Unterrichtsgruppen in der jeweiligen Muttersprache (bes. von Petra Kappert) - ein Modell, das z.B. deutschen/deutschsprachigen Muslimen keine Chance auf gleichberechtigte Unterrichtung bietet, und die in der Realität längst aufgeweichte Rückkehroption der "Gastarbeiter" weiter hoffnungsvoll vertritt. Der Themenblock "Islam in Deutschland" wiederum wartete mit der neuen "Expertin" Ursula Spuler-Stegemann auf, die ihre vielfältigen Bedenken gegen islamische Organisationen und eine sich allmählich durchsetzende islamische Parallelgesellschaft ausbreiten durfte, sekundiert von Bassam Tibi, der seine Vision eines "Euroislam" als integrative westlich-kompatibel zurechtgestutzte Variante des Islam zum wiederholten Male vorstellte. Am Ende dieses Blockes, den der Journalist Ahmed Senyurt zudem dazu nutzte, um von den Aktivitäten extremistischer Muslime gegen Ahmadis zu berichten (wohl gedacht als Beispiel für die von organisierten Muslimen ausgehenden Gefahren; anders kann man die Gestaltung dieses Themenbereiches kaum nachvollziehen), stand der Eindruck,

Identität entsprechen, könne von der Mehrheitsgesellschaft nur als gefährliche Abweichung vom gesellschaftlichen Konsens interpretiert werden.

Auch der die Tagung abschließende Block "Die politischen Parteien und der Islam" mit Vertretern aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen brachte keine Überraschungen. Zur Lösung der Islam-Frage (Wie halten wir ihn klein und unter Kontrolle? Wann hört das endlich auf? Nach wievielen Generationen siegt endlich die Moderne? Wie kriegen wir sie integriert nach unseren Vorstellungen? etc.), möglichst unter Ausschluß praktizierender Muslime, können wir gespannt sein auf noch einmal so viele Fachtagungen, Seminare, Vorträge, von denen die wenigsten einen konstruktiven Beitrag liefern, um das interkulturelle/interreligiöse Miteinander zu erleichtern, bisherige in unserer Gesellschaft einseitig festgelegte Integrationskriterien zu hinterfragen, Modelle für die ebenbürtige Partizipation von BürgerInnen unterschiedlichen kulturellen/religiösen Hintergrunds

in der Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln usw. Zu den Lichtblicken der Tagung gehörte jedoch neben einem kompetenten Vortrag von Heiner Bielefeldt (Uni Bielefeld) zur Religion im Rechtsstaat das erfrischende Referat von Pandeli Glavanis (Manchester) zum "Islam im europäischen Vergleich". Glavanis will die Zuwanderung und ihre Folgen in erster Linie als europäisches Problem und nicht als Immigrantensproblem verstanden wissen und stellte die provozierende Frage: "Is modernity a copyright of europe?". Das bisherige Verständnis von europäischer Identität schließe den Islam aus und lege (praktizierende) Muslime auf einen außereuropäischen Status fest. Demgegenüber stellt Glavanis das Vorhandensein vieler europäischer Identitäten fest, und macht die Gemeinsamkeiten in der EU nicht an der Einhaltung von westlichen Normen zur Lebensgestaltung und Glaubenspraxis fest, sondern eher an formellen Symbolen der europäischen Einheit (gleicher Paß/Führerschein). Die anschließende Diskussion, zielstrebig und kompetent moderiert von Gerdien Jonke (Zentrum

Symposiumsbericht

Das IPD hat am 22./23.08.1998 in Bonn ein Symposium mit Workshop veranstaltet. Grundlage war das vom IPD entwickelte Bildungs- Lernkonzept. Im Workshop erprobten die Teilnehmerinnen selbständig kreative Ideen und deren Umsetzung in Lerninhalte.

In einer Fortsetzung des Symposiums soll das Erarbeitete mit einer Kindergruppe praktisch erprobt werden.

Bei den TeilnehmerInnen fand der Workshop lebhaft Resonanz: Die meisten waren erstaunt über die Möglichkeiten einer pädagogisch - didaktischen Aufbereitung des Lernstoffs.

Die Reihe soll fortgesetzt werden.

Veranstaltung:

Nächstes Symposium/Workshop findet am **10./11. Oktober 1998** in Dortmund statt.

Voranmeldungen für den 3. Workshop im **Dezember 1998** in Köln sind ab sofort möglich.

Bitte schriftlich/per Fax an IPD, Dollendorfer Str. 6, 50939 Köln, Tel/Fax: 0221/462533

jedes Festhalten an genuin islamischen Positionen, die nicht dem von westlich-abendländischer Seite gesetzten Rahmen für Religiösität, Integrationskriterien und deutsche

Das Institut für Internationale Pädagogik und Didaktik wurde 1993 gegründet.

Beiträge zu inhaltlichen und strukturellen Fragen zum Thema Bildung und Erziehung zu leisten, standen im Vordergrund der Überlegungen zur Gründung des Instituts.

Insoweit versteht sich das IPD als Forschungsinstitut, an dem wissenschaftliche Arbeit zur Lösung von Fragen im Bereich der Bildung und Erziehung erbracht wird.

Einzelne Ziele und Tätigkeitsfelder: Bildung und Schule neu überdenken, ist eine von renommierten PädagogInnen seit langem ernsthaft diskutierte Forderung, an der wir uns beteiligen.

International erzielte Forschungsergebnisse werden im Institut wahrgenommen und analysiert. Das IPD hat einen eigenen pädagogischen Ansatz erarbeitet, der auf globalen Denkstrukturen beruht: Wissen und Information wird nicht separatisiert verabreicht, sondern in einen Gesamtzusammenhang gestellt. Unterricht und Materialien sind handlungsorientiert konzeptioniert.

Angebote: Das Institut bietet Interessierten Zusammenarbeit in folgenden Bereichen an: (Einzelpersonen, Schulen, Gruppen, Organisationen) Entwicklung und Erstellung von:

Konzepten, Curricula, Unterrichtsmaterialien, Schulbüchern, LehrerInnen- und Personalfortbildung, Begleitstudien für Lehramts- und PädagogikstudentInnen, Wochenendseminare, Blockunterricht Sommerakademien

Ausblick: Zur Zeit plant das IPD eine Konzeption mit Curriculum und Schulbüchern für eine Grundschule. Publikationen:

Unterrichtsmaterialien für die Sek. I und II in den Bereichen Naturwissenschaften (Elementenlehre) sowie sozialwissenschaftliche Themen für

die gleiche Altersstufe (Mensch, Familie, Umma, Menschheit) unter Einbeziehung qur'anischer Aussagen. Sämtliche Materialien beschreiben detailliert die didaktischen Mittel der Umsetzung des Lernstoffes und enthalten Kurz-Curricula für höhere Altersklassen. Hinweis: Publikationsliste und weitere Informationen (zu jeder Publikation liegt eine Kurzbeschreibung vor) Erfahrungsberichte aus der Laborschule und Teilnahmebedingungen für Begleitstudien, Anmeldungen und Bestellungen von Materialien an:

IPD - Institut für Internationale Pädagogik und Didaktik
Dollendorfer Straße 6 50939 Köln -
Tel/Fax 0221/462533
e-mail: paed.int@aol.de
Bankverbindung: Stadtparkasse
Köln, BLZ 37050198 . Konto
Nummer: 5322466

IPD Institut für Internationale Pädagogik und Didaktik Köln

Kurzdarstellung der bisherigen Arbeit auf dem Islamischen Bildungs- und Erziehungsbereich:

Ein erster Studienbegleitkurs zur religionspädagogischen Fachkraft konnte abgeschlossen werden.

Die Studierenden erarbeiteten in einem mehrjährigen Programm auf dem Konzept einer Fernakademie - schriftliche Arbeitsmaterialien und jährlich sechs Wochenendworkshops - die pädagogischen Grundlagen von Bildung und Erziehung aus den islamischen Quellen einschließlich kreativer Fachdidaktik. Der Unterricht umfaßt die Vermittlung der benötigten Fähigkeiten zur Erstellung von Curricula sowie ein Referendariatspraktikum in der Sekundarstufe I (8-12jährigen SchülerInnen) in der institutseigenen Schülerwerkstatt.

Aus dem Bildungskonzept: Bildung wird oft noch vordringlich

als Belehrung empfunden und wenig als Erfahrungs- und Lebensraum, zu dem der Lehrende einen Zugang verschafft, den sich der Lernende jedoch größtenteils selbständig erarbeitet. Worum geht es uns: Platz schaffen für Lebenserfahrungen und Lernwelten eröffnen, in denen die SchülerInnen mit neuen Lernangeboten sich den Lernstoff kreativ erarbeiten. Ergebnisse, die bejaht werden, weil sie hinterfragt werden und selbständig erarbeitet werden konnten. Informationen und Wissen aus der Welt mit Wissen aus der Offenbarung verbinden können, da ersteres aus dem zweiten hervorgeht.

Auf bloße Reproduktion wird in Curricula und Unterricht ausdrücklich verzichtet. Die qur'anischen Lern- und Lehrmethoden werden zugrundegelegt. Schule und Bildungsorte müssen gute Schullandschaften für Kinder werden, in denen notwendige Regulative und tradierte Muster neu durchdacht werden dürfen. Bildung kann nicht durch Anhäufung von Faktenwissen entstehen, denn Bildung ist ein subjektiver und reflexiver Begriff. Das Lernen sollte für Kinder ein entdeckendes Lernen und Verinnerlichung des selbst erprobten werden. Die jungen Menschen sollen ihren Platz in der Gemeinschaft finden können und dialogfähige PartnerInnen werden, ohne das Schule im Auftrag der Gesellschaft bereits soziale Einordnung vorgibt.

Im Unterricht wird mit der Wissensvermittlung das soziale durch die Quellen des Islams beispiellos aufgezeigte Agieren des Einzelnen in der Gruppe eingeübt. Hilfe zur Persönlichkeitsentwicklung, Fähigkeit zur Teamarbeit ohne Konkurrenzdruck, das Bejahen eines gemeinschaftlichen Projekts in das sich alle gemäß ihren Talenten und Fähigkeiten auf unterschiedliche Weise, einbringen können, fördern positivem Lernverhalten und schaffen eine angenehmen Lehratmosphäre.

Buchbesprechungen:

KUHN. Elke (Hg.): Gott in vielen Namen feiern. Interreligiöse Schulfeiern mit christlichen und islamischen Schülerinnen und Schülern, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 1998

Interkulturelle Erziehung ist inzwischen in aller Munde und gehört - zumindest theoretisch - zum Grundkonzept von Kindergarten und Schule in unserer Einwanderungsgesellschaft. Dabei wird jedoch - überraschenderweise? - der Bereich der interreligiösen Begegnung meistens sträflich vernachlässigt, sei es aus einer grundsätzlichen Distanz der Engagierten zu religiösen Fragen heraus oder aber in Ermangelung konkreter Materialien für interreligiöse Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verschiedener Altersstufen. Eine Lücke schließt nun das vorliegende Buch, in dessen Mittelpunkt interreligiöse, d.h. christlich-islamische, Schulfeiern stehen. Die Herausgeberin war lange als Pastorin im Stadtkirchenverband Köln für den Arbeitsbereich christlich-islamischer Dialog zuständig und hat sich für die muslimische Seite bei vielen Veranstaltungen und Kontakten als kompetente und aufgeschlossene Gesprächspartnerin erwiesen.

Im Gegensatz zu bisherigen Beiträgen und Vorschlägen zu diesem Thema, zumeist aus christlicher Perspektive als Blick auf die anderen Religionen konzipiert, haben hier christliche und muslimische Kolleginnen/Lehrerinnen gemeinsam interreligiöse Feste organisiert und inhaltlich gestaltet. Für geeignete Texte und Gebete konnten die Autorinnen dabei nicht immer aus einem vorhandenen Fundus schöpfen, so wurden auch Lieder getextet, Melodien komponiert, Dialoge für kleine Stücke geschrieben etc. - also wurde ein kreativer neuer Weg gefunden, der pädagogisch und theologisch interessant und richtungsweisend ist.

Ein theoretischer Einführungsteil ist den Beschreibungen der Abläufe von Feiern vorangestellt: Zwei Gastbeiträge reflektieren das Leben von MuslimInnen in Deutschland (Imtisel Tatari und Aiman Mazyek) und veranschaulichen, wie sehr

der Islam trotz kursierender Feindbilder und des überholten Images als "Gastarbeiterreligion" inzwischen zu einem festen Bestandteil dieser deutschen Gesellschaft geworden ist. Die Herausgeberin stellt grundlegende Informationen zur Lage von MuslimInnen in Deutschland und zum interreligiösen Zusammenleben in unserer Gesellschaft zusammen, so z.B. über islamische Verbände, bisherige Dialog-Erfahrungen und gegenseitige Wahrnehmungen der jeweils anderen Religion.

Angesichts der Realität unserer Einwanderungsgesellschaft und der damit einhergehenden deutlichen Präsenz muslimischer SchülerInnen an unseren Schulen stellt sich die Frage, ob die fortgesetzte selbstverständliche christliche bzw. christlich-abendländisch geprägte Dominanz in Bezug auf den Schulalltag im allgemeinen oder bei besonderen symbolisch bedeutsamen Anlässen (z.B. Schulfeiern) noch zeitgemäß ist, ja überhaupt dem Erziehungsauftrag entspricht. Elke Kuhn begründet vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen einerseits und theologischer Auseinandersetzungen über Grenze/Weite des interreligiösen Dialogs andererseits den neuen Weg der interreligiösen Begegnung im Kontext einer gemeinsamen religiösen Schulfeier als theologisch vertretbare Lösung. Ansatzpunkt sind bei der Durchführung zunächst die Gemeinsamkeiten von Christentum und Islam; aber auch fundamentale Unterschiede sollen nicht geleugnet werden. "Diese Unterschiede und Gegensätze sollten nicht zugunsten einer möglichst großen 'Schnittmenge' gemeinsamer Überzeugungen ignoriert, sondern sowohl von Christ/inn/en als auch von Muslim/inn/en akzeptiert werden. Sie sind jedoch kein Grund, gemeinsame Feiern abzulehnen, da sie die genannten Gemeinsamkeiten nicht aufheben." (S.41)

Als praktikablen Weg schlägt Elke Kuhn vor, "kritische" Fragen, Begriffe, Glaubensinhalte bereits in der Vorbereitung anzusprechen, um gemeinsam und konstruktiv Wege, Texte, liturgische Bausteine zu finden, mit denen beide Partner zufrieden sein

können. Insofern will das Buch auch keine harmonisierende Schönfärberei betreiben, sondern mögliche Konflikte bewußtmachen und beispielhaft Wege zu ihrer Bewältigung vorstellen - wobei die im Einzelfall gefundenen liturgischen Lösungen nicht immer unumstritten sein dürften.

Der Praxisteil dokumentiert Feiern zu religiösen Festen (Erntedank, Martinszeit, Fest des Fastenbrechens), zu verschiedenen Anlässen während des Schuljahres (Verantwortung für die Schöpfung, Frieden kommt nicht von allein, Den Fremden Begegnen, Einander fremd und doch verwandt - Muslime und Christen), und zu Anfang und Ende von Schuljahr/Schulzeit (Einschulung, Schuljahresanfang in der Grundschule, Schul-Entlassfeiern Grundschule und Hauptschule), die für alle Schultypen und für alle Alterstufen verwertbar sind. Einerseits können vollständige Liturgien als Vorlage genutzt werden, andererseits stehen liturgische Bausteine für eigene Konzepte zur Verfügung, wobei auf geeignete liturgische Texte aus beiden Religionen zurückgegriffen werden kann.

Ein Informationsteil mit kommentierten Literaturangaben, nützlichen Adressen und Erläuterungen wichtiger Begriffe im Islam rundet diese praxisorientierte und längst überfällige Publikation ab. (M.W.)



Buchbesprechungen:

Ursula Spuler-Stegemann (1998): *Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander?* Freiburg u.a.: Herder

Mit ihrem vom Verlag als "Standardwerk" angekündigten Buch will die in Marburg lehrende Islamwissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann über den Islam in Deutschland informieren sowie Vorurteile und

ngste abbauen. In siebzehn Kapiteln schreibt sie u.a. über die Geschichte und Vielfalt des Islam in Deutschland, über "Islamisten und Extremisten", islamische Organisationen, Sufis und Moscheen, praktische Probleme der Muslime, "Frauenfragen", das Politikverständnis und die ökonomische Situation, islamische Bildungsstätten, Konvertiten sowie das Verhät

ltnis zu den christlichen Kirchen. Die annähernd drei Millionen in der BRD lebenden "normalen" Muslime dürften sich in dieser Darstellung allerdings kaum wiederfinden. Als fragwürdig oder unzutreffend erweisen sich viele ihrer Aussagen ü

ber den Islam, z.B. wenn sie schreibt, dem "nüchternen, traditionellen und islamistischen Islam" (was immer das sein mag) "fehle die persönliche, direkt erfahrbare Gottesliebe". Immerhin heißt es im Koran (Sure 50, Vers 16), daß

Gott dem Menschen näher ist als seine Halsschlagader. Unrichtig ist z.B. ihre Behauptung, Muslimen gelte Abraham nicht als gemeinsamer Stammvater von Muslimen, Juden und Christen (S. 316). Unklar bleibt, woher Spuler-Stegemann ihr Expertenwissen ü

ber den Islam hat - nach ihren eigenen Literaturangaben zu urteilen, handelt es sich dabei jedenfalls nicht um islamische Quellentexte. Entsprechend fern dem Selbstverstä

ndnis von Muslimen fallen ihre Definitions- und Abgrenzungsversuche von "Islam", "Islamismus", "Fundamentalismus" und "Extremismus" aus. Letztlich behandelt sie diese Begriffe doch als Synonyme, wobei auch der tü

rksische Linksextremismus, insbesondere die PKK, von ihr als "Sonderform des Islamismus" interpretiert wird. (S. 69) Das dürfte selbst für Abdullah Öcalan

eine neue Erkenntnis sein. Ein erheblicher Teil des Buches ist den islamischen Organisationen in Deutschland gewidmet. Man könnte glauben, fast alle Muslime seien in irgendwelchen Verbä

nden organisiert. Entgegen dem ersten Anschein sind diese Kapitel allerdings sowohl wegen zahlreicher unrichtiger Angaben als auch wegen einer stark tendenziö

sen Darstellungsweise von nur sehr begrenztem Informationswert. So ist die IGMG keineswegs - wie von Spuler-Stegemann behauptet - Mitglied des Zentralrats der Muslime (S. 142), sondern des Islamrates. Und bei MÜSIAD handelt es sich nicht um einen Arbeiter-, sondern um einen Unternehmerverband. (S. 272)

Bewertet werden die Organisationen ausnahmslos negativ: Die DITIB charakterisiert Spuler-Stegemann als "stockkonservativ"; sie verhindere, daß Imame mit Christen "fraternisieren". (S. 159) Die IGMG wird als "politische Organisation, die die Mobilisierung der religiösen Kräfte für die Durchsetzung eigener Machtinteressen nutzt" vorgestellt. (S. 121) Der VIKZ sei wegen der "Aggressivitä

t" seiner Korankurse "in die Schlagzeilen gekommen" und habe antijüdische und antichristliche Schriften veröffentlicht. (S. 139 ff.) An den Nurus kritisiert Spuler-Stegemann "antisä

kulare Bestrebungen", der IGID wirft sie eine "aggressive Missionstätigkeit" (S. 146) und den Naksibendiye ihre "militante Tradition" vor. (S. 137) Fragwürdig sind schließlich ein erheblicher Teil ihrer Quellen und Gewährsleute. Während Studierende

schon im Grundstudium immer wieder auf die Unabdingbarkeit korrekter Quellenangaben hingewiesen werden, scheut Spuler-Stegemann nicht davor zurück, bloße Gerüchte zur Basis schwerwiegender Anschuldigungen zu machen, wenn sie behauptet, unter Studierenden türkischer Herkunft kursiere "heftiges antijü

disches und antidemokratisches Propagandamaterial". Zwar habe sie selbst keine dieser Schriften gesehen, gehe aber davon aus, daß das, was ihr berichtet wurde, zutreffe. (S. 148)

Von der ersten bis zur letzten Seite ist

das Buch durch das Mißtrauen der Autorin gegenüber dem Islam geprägt. So ist es nur konsequent, wenn sie Moscheen nicht etwa als Gotteshäuser oder Gebetshä

user wahrnimmt, sondern als Bauten, die "muslimische Präsenz und Stärke demonstrieren sollen". (S. 148) Sogar die Namen der Moscheen sind ihr verdächtig. In einem christlichen Umfeld Moscheen den Namen "Fatih Camii" (nach Sultan Mehmet II, dem "Eroberer") zu geben, bezeichnet sie als

"religionspolitische Instinktlosigkeit", wenn nicht als bewußte Provokation. (S. 154). Entsprechend befriedigt stellt sie fest, daß es Muslimen in der BRD nicht erlaubt ist, analog zum Glockenläuten der Kirchen zum Gebet in der Moschee zu rufen (wobei ihre Begründung zu der

Expertise der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung vom Sommer 1997 in einem bemerkenswerten Widerspruch steht). (S. 158) Spuler-Stegemann ist jegliches Handeln der Muslime verdächtig. Während sie einerseits Abschottungstendenzen gegenü

ber dem Westen und eine rigide Ausgrenzung von Nicht-Muslimen beklagt (S. 64), sind ihr andererseits auch diejenigen, die sich im interreligiösen Dialog engagieren und Tagungen und Moscheebesuche organisieren, suspekt. Ihnen wirft sie missionarische Ambitionen und die "Abwehr von deutschen Integrationsprogrammen" vor.

Aktive Muslime verstehen es nach ihrer Ansicht, die Nächstenliebe von Christen - Nächstenliebe ist fü

r sie eine christliche, nicht aber eine islamische Tugend - auszunutzen und sogar "Pfarrer als Wegbereiter für die Öffnung des Christentums zum Islam" zu miß

brauchen. (S. 319). Dieses Verhalten werde durch islamische Glaubensvorschriften nicht nur moralisch legitimiert, sondern sogar geboten, was Spuler-Stegemann mit pseudo-islamwissenschaftlichen, viele nichtmuslimische Leser dieses Buches nichtsdestotrotz aber vermutlich beeindruckenden oder zumindest verunsichernden Ausführungen ü

ber "taqiya" (Verstellung) zu belegen versucht. (S. 66) Daß den meisten in der BRD lebenden Muslimen wohl nicht einmal das Wort bekannt ist - von einer islamischen Lehrmeinung, die das

Täuschen und Lügen gebietet, ganz zu schweigen -, weiß

Spuler-Stegemann entweder nicht, oder sie führt ihre Leserinnen und Leser bewußt in die Irre. Wie weit es die raffinierten Muslime mit dieser Strategie schon gebracht haben, schildert sie am Beispiel der wegen ihres Kopftuches als TV-Talkshowgä

ste begehrten "bekennenden Musliminnen", wobei dann "meistens inkompetente Talkmaster gutgeschulten Diskussionsteilnehmerinnen ziemlich hilflos ausgeliefert sind". Moderatoren und Publikum nehmen nicht nur lächelnd "jegliche Verunglimpfung des Christentums" hin, sondern sind noch stolz auf ihre Toleranz. (S. 184)

Im Untertitel des Buches stellt Spuler-Stegemann die Frage "Nebeneinander oder Miteinander?" Sie selbst gibt diesem Miteinander jedoch schon wegen ihrer zutiefst mißtrauischen Grundeinstellung gegenü

ber dem Islam keine Chance. Insgesamt gesehen ist "Muslime in Deutschland" bedauerlicherweise kein Beitrag, Informationsdefizite und Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern, sondern dürfte eher in die entgegengesetzte Richtung wirken.

Zehra Korkmaz (Duisburg)

Syed Husin Ali (1996): Two Faces. Detention Without Trial. Kuala Lumpur/Malaysia: INSAN ISBN: 983-9602-04-7

Der Autor war bis 1990 Professor für Anthropologie und Soziologie an der University of Malaysia. Seitdem widmet er sich voll seinen Aufgaben als Präsident der Parti Rakyat Malaysia (PRM). In "Two Faces" berichtet er über seine Erfahrungen als politischer Häftling in den Jahren von 1974 bis 1980. Verhaftet während einer Demonstration gegen soziale Mißstände, blieb er unter entwürdigenden Umständen und Schikanen bis hin zur Folter sechs Jahre inhaftiert, ohne je vor Gericht gestellt zu werden. Dieses Schicksal teilte er mit tausenden weiteren politischen Gefangenen. Gesetzliche Grundlage der Masseninhaftierung war ein Ermächtigungsgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (ISA), das entgegen aller Versprechen seitens der Regierung

nach wie vor in Kraft ist. Prominentestes Opfer ist der kürzlich amtsenthobene Vizepräsident Anwar Ibrahim. Er war bereits Anfang der siebziger Jahre, d.h. gleichzeitig mit Syed Husin Ali, für zwei Jahre im Gefängnis und wurde nun wiederum nach den ISA-Gesetzen verhaftet. Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, liest man heute Syed Husin Alis 1995 an die politisch Verantwortlichen - also auch an Anwar Ibrahim - gerichteten Appell, diese Ausnahme Gesetze endlich als inhuman zu erkennen und abzuschaffen.

Syed Husin Ali verbindet auf eindrucksvolle Weise persönliche Erinnerungen mit einer Schilderung der damaligen politischen und sozialen Verhältnisse. In Anbetracht der gegenwärtigen dramatischen Umbruchprozesse in Malaysia und ganz Südostasien ist "Two Faces" aber nicht nur von regional- und zeitgeschichtlichem Interesse. Wie die südostasiatischen Staaten das abrupte Ende ihres Wirtschaftswunders nach kapitalistischen Modellvorgaben bewältigen werden, hängt wesentlich von den Schlußfolgerungen ab, die sie aus ihren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ziehen, nicht zuletzt aber auch von den Möglichkeiten, auf eigene kulturelle Ressourcen zurückzugreifen. Dabei wird vermutlich der Islam als Ordnungs- und Gestaltungskraft von entscheidender Bedeutung sein. (Ip)

Syed Husin Ali (1996): Two Faces. Detention Without Trial. Kuala Lumpur/Malaysia: INSAN ISBN: 983-9602-04-7

Der Autor war bis 1990 Professor für Anthropologie und Soziologie an der University of Malaysia. Seitdem widmet er sich voll seinen Aufgaben als Präsident der Parti Rakyat Malaysia (PRM). In "Two Faces" berichtet er über seine Erfahrungen als politischer Häftling in den Jahren von 1974 bis 1980. Verhaftet während einer Demonstration gegen soziale Mißstände, blieb er unter entwürdigenden Umständen und Schikanen bis hin zur Folter sechs Jahre inhaftiert, ohne je vor Gericht gestellt zu werden. Dieses Schicksal teilte er mit tausenden weiteren politischen

Gefangenen. Gesetzliche Grundlage der Masseninhäftierung war ein Ermächtigungsgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (ISA), das entgegen aller Versprechen seitens der Regierung nach wie vor in Kraft ist. Prominentestes Opfer ist der kürzlich amtsenthobene Vizepräsident Anwar Ibrahim. Er war bereits Anfang der siebziger Jahre, d.h. gleichzeitig mit Syed Husin Ali, für zwei Jahre im Gefängnis und wurde nun wiederum nach den ISA-Gesetzen verhaftet. Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, liest man heute Syed Husin Alis 1995 an die politisch Verantwortlichen - also auch an Anwar Ibrahim - gerichteten Appell, diese Ausnahme Gesetze endlich als inhuman zu erkennen und abzuschaffen.

Syed Husin Ali verbindet auf eindrucksvolle Weise persönliche Erinnerungen mit einer Schilderung der damaligen politischen und sozialen Verhältnisse. In Anbetracht der gegenwärtigen dramatischen Umbruchprozesse in Malaysia und ganz Südostasien ist "Two Faces" aber nicht nur von regional- und zeitgeschichtlichem Interesse. Wie die südostasiatischen Staaten das abrupte Ende ihres Wirtschaftswunders nach kapitalistischen Modellvorgaben bewältigen werden, hängt wesentlich von den Schlußfolgerungen ab, die sie aus ihren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ziehen, nicht zuletzt aber auch von den Möglichkeiten, auf eigene kulturelle Ressourcen zurückzugreifen. Dabei wird vermutlich der Islam als Ordnungs- und Gestaltungskraft von entscheidender Bedeutung sein. (ip)

GELESEN

Helmut Klages (1998): Engagement und Engagementpotential in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 38 (11.9.1998), S. 29-38

1997 wurde unter der Themenstellung "Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement 97" von einem Forschungsteam an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer eine repräsentative Befragung durchgeführt. Ausgangspunkt der Untersuchung war die in Expertenkreisen weithin geteilte Überzeugung, daß in der deutschen

Bevölkerung das ehrenamtliche Engagement stark zurückgegangen und im internationalen Vergleich gering sei. Begründet wird diese Auffassung vor allem mit einem durch die Lebensverhältnisse bedingten Wertewandel in modernen Industriegesellschaften, d.h. mit einem **z u n e h m e n d e n** Individualismus/Egoismus, mit den sich verschärfenden Anpassungszwängen der Leistungs- oder Ellenbogengesellschaft. Zu ihrer Überraschung fanden die Forscher jedoch heraus, daß 38 % aller Deutschen ehrenamtlich tätig sind - vor allem im Sport und bei kirchlichen Aktivitäten - und damit einen internationalen Spitzenplatz einnehmen. In die Millionen geht außerdem die Zahl jener, die sich ein zukünftiges Engagement vorstellen können. Mehr als 50 % der bisher Passiven gaben an, prinzipiell an ehrenamtlicher Tätigkeit interessiert zu sein. Die enorme Kluft zwischen abstrakter Bereitschaft und tatsächlicher Aktivität erklären die Forscher damit, daß die Weichen für ein ehrenamtliches Engagement fast immer schon in der Kindheit und Jugend gestellt werden: Wo die Eltern sich engagieren vorleben, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß die Kinder ihnen folgen. Viele interessierte Nichtengagierte begründeten ihre Passivität mit Informationsdefiziten ("Ich weiß nicht, an wen ich mich wenden soll", "Mich hat noch keiner gefragt") und mit Zeitmangel. Dabei stellte sich heraus, daß der tatsächliche Zeitaufwand eines ehrenamtlichen Engagements oft überschätzt wird. Die größte Barriere scheint aber in dem Vorstellungsbild zu liegen, das interessierte Nichtengagierte sich von den bereits Engagierten machen: Diese erscheinen ihnen "als von ihrem Tun erfüllte Fanatiker einer Selbstlosigkeit, mit der sie sich nicht identifizieren können, so daß sie davon ausgehen, unter unerwünschten ideologischen Druck zu geraten, wenn sie sich ihnen zugesellen." Engagierte wie interessierte Nichtengagierte nennen als Hauptmotiv ehrenamtlicher Tätigkeit "macht Spaß". Selbstentfaltungswerte spielen also offensichtlich eine zentrale Rolle, lassen sich aber mit traditionellen Tugenden wie "Menschen helfen" durchaus verbinden. Allerdings müssen die Organisationen und Institutionen

derartigen Erwartungen entgegenkommen. Um die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement zu fördern schlagen die Forscher folgendes vor:

- mehr informationshaltige und motivationsfördernde Öffentlichkeitsarbeit,
- mehr Kontakt- und Beratungsangebote und eine attraktivere Ausgestaltung der ehrenamtlichen Tätigkeit, z.B. größere Handlungsspielräume und mehr Mitspracherechte der ehrenamtlich Aktiven.

Auch wenn die Ergebnisse dieser Untersuchung sich gewiß nur bedingt auf das freiwillige Engagement von MuslimInnen übertragen lassen, verdeutlichen sie doch zumindest, daß solche Analysen sinnvoll und nötig sind, um Strategien gegen die auch von muslimischen Organisationen und Gruppen - nicht zuletzt von der GMSG - immer wieder beklagte geringe Bereitschaft, etwas zu tun, zu entwickeln. Die Vorschläge der Speyrer Forschungsgruppe richten sich offensichtlich in erster Linie an größere, bereits etablierte Organisationen und Institutionen. Kleinere oder erst im Entstehen begriffene Vereinigungen sind dagegen schlicht überfordert, wenn von ihnen erwartet wird, daß sie neben ihrer eigentlichen, als sinnvoll und nützlich anerkannten Arbeit weitere Zeit und Energie dafür aufbringen, potentielle MitarbeiterInnen zu motivieren und zu umwerben. Hat vielleicht jemand eine Idee, wie diesem Dilemma zu entkommen ist?

Eine Kopie des in Aus Politik und Zeitgeschichte veröffentlichten Artikels kann gegen 4,- DM in Briefmarken bei der GMSG angefordert werden.

Zeitschriftenschau International

In der BRD gibt es nur wenige Periodika, die wissenschaftlich fundierte, aus islamischer Perspektive verfaßte Artikel zur sozialen und politischen Lage in muslimischen Ländern, über die Situation

von Muslimen in Westeuropa, über die Rolle der Frau in Gesellschaft und Politik, zum Verhältnis von Islam und den westlichen Konzepten von Demokratie, Menschenrechten und Moderne etc. veröffentlichen. Insbesondere mangelt es an Beiträgen, die sich auf entsprechendem Niveau mit sozialwissenschaftlichen **T h e s e n** und Erklärungsmodellen auseinandersetzen, etwa wenn es um Fragen der Integration und Identität muslimischer MigrantInnen oder um die Bedingungsfaktoren und Folgen der "Moderne" geht. Solche Defizite wirken sich nicht nur negativ auf die internen Debatten in der muslimischen Community aus, sondern schließen MuslimInnen ebenso weitgehend von der Partizipation an wichtigen Diskursen in Politik und Wissenschaft aus. Islamische Periodika in englischer Sprache, die uns hinsichtlich Themenvielfalt, wissenschaftlicher Qualität und intellektueller Aufgeschlossenheit weit voraus sind, sollten daher stärker als bisher genutzt werden, hiesige Rückständigkeiten und Defizite auszugleichen und zu überwinden. Vielleicht erwächst ja auch ein Ansporn daraus! Die GMSG hat bereits einige der im folgenden vorgestellten Zeitschriften abonniert. Interessierte Mitglieder werden um vorherige Terminabsprache gebeten. In begrenztem Umfang können auch Kopien versandt werden.

Irmgard Pinn - Die deutsche "Hijab-Fatwa" in den Medien

Der "Fall Fereshta Ludin" hat in den Medien außerordentliche Aufmerksamkeit gefunden. Das begann mit Nachrichten-Meldungen rund um die Uhr an dem Tag, als das baden-württembergische Kultusministerium seine Entscheidung bekanntgab und setzte sich in zahllosen Artikeln, Experten-Kommentaren, TV-Talkshows usw. während der folgenden Wochen fort. Nicht zuletzt dokumentierte sich das große öffentliche Interesse in einer wahren Flut von Leserbriefen. Inhaltlich knüpfen die meisten Berichte an Hauptargumente Kultusministerin Schavans für den Ablehnungsbescheid an. So wird immer wieder darüber diskutiert, ob denn das Kopftuch überhaupt eine islamische Pflicht ist. Schavans verneinende "Fatwa" findet sowohl in den eigenen Reihen als auch beim politischen Gegner weitgehende Zustimmung: Im konservativen Rheinischen Merkur bezeichnet Rudolf Zewell das Kopftuch als ein "Symbol des muslimischen Fundamentalismus" (17.7.1998), der Weser-Kurier zitiert die niedersächsische SPD-Kultusministerin, nach deren Ansicht es sich um ein "Kampfinstrument" handelt. (20.7.1998). Auch die FAZ schließt sich der Stuttgarter Linie an: "das Kopftuchtragen gehört nicht zu den religiösen Pflichten des Islam, sondern ist zum Zeichen der politischen Ausgrenzung geworden" (14.7.1998). Und selbst die ansonsten liberal-"multikulturelle" Frankfurter Rundschau bekräftigt nachdrücklich Schavans "Nein zum Kopftuch". (14.7.98).

Intellectual Discourse

Weiter wird in vielen Artikeln das Thema "Toleranz" erörtert. Laut Schavan muß, wer zur Toleranz erziehen will, Toleranz auch vorleben. Darüber hinaus müsse eine Lehrerin als erzieherisches Vorbild wirken und als Repräsentantin des Staates auftreten. Für all das biete Fereshta Ludin keine Gewähr. Entgegen dem Antrag der Republikaner-Fraktion werde das Lehrerinnen-Kopftuch an baden-württembergischen Schulen zwar nicht prinzipiell verboten, denn das wäre verfassungsrechtlich bedenklich. Nichtsdestotrotz werde Fereshta Ludin als "Einzelfall" nicht in den Schuldienst

übernommen. Das dürfe nicht als Berufsverbot verstanden werden, denn Ludin könne sich ja um eine Anstellung in der Wirtschaft oder an einer Privatschule bewerben. Von Teilen der Medien wird diese Auffassung geteilt und bekräftigt, so von der links-liberalen Süddeutschen Zeitung als "Stuttgarter Toleranz-Edikt" gepriesen (16.7.1998) und zwei Tage später unter der Überschrift "Stuttgart gegen generelles Kopftuchverbot" (16.7.1998) nochmals als Sieg der Demokratie gefeiert. In der FAZ heißt es, von Frau Ludin könne durchaus erwartet werden, "daß sie - unabhängig von ihrer eigenen Überzeugung - um die tatsächliche Gefahr der Vereinnahmung des Kopftuches und auch als politisches Symbol" wisse "und die damit verbundene Signalwirkung, nicht zuletzt für die Situation anderer Frauen im Islam" sehe. Und an anderer Stelle: "Das Nebeneinander verschiedener Religionen kann nur gelingen, wenn das religiöse Empfinden der jeweiligen Umwelt respektiert wird. Das gilt in besonderem Maße für die Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes, dessen Vorbildhaftigkeit persönliche Konzessionen fordert." (14.7.1998). Nicht nur daß dieser Tonfall an Zeiten erinnert, als Beamte "Staatsdiener" mit einer besonderen, ihnen von der Nähe zum Herrscher verliehenen Aura waren (wo auf der Welt sind - außer in Deutschland - Lehrer Beamte?) - hier wird auf ganz unverblünte Art von Minderheiten gefordert, gefälligst auf die Vorurteile und Anpassungserwartungen der dominierenden Mehrheit Rücksicht zu nehmen. Andernfalls müssen sie es eben in Kauf nehmen, diskriminiert und ausgegrenzt zu werden. Außerdem muß Fereshta Ludin es sich als persönliche Schuld anrechnen lassen, wenn irgendwo auf der Welt Frauen zum Kopftuchtragen gezwungen und "im Namen des Kopftuchs" von Bildungschancen und/oder der Teilnabe am öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Daß das vom Kopftuch einer Lehrerin ausgehende Signal auch ganz anders gedeutet werden kann, nämlich als Ermutigung

Kopftuch tragender Mädchen und Frauen, sich um eine qualifizierte Berufsausbildung und Integration in die hiesige Gesellschaft zu bemühen, wollen oder können diese selbsternannten AnwältInnen muslimischer Frauen leider nicht begreifen. Von anderen Kommentatoren wird die Stuttgarter Linie aber auch kritisiert, z.B. von Gustav Seibt, der den "Fall Ludin" in einen übergreifenden politischen Zusammenhang stellt und vor einer um sich greifenden "irrationalen Kulturkampfstimmung" warnt. Nach seiner Auffassung hätte der Staat gut daran getan, mit der Einstellung Fereshta Ludins ein "Zeichen gelebter Toleranz" zu setzen. (Berliner Zeitung, 14.7.98)

Manche JournalistInnen haben offenbar keine Mühe (oder Skrupel), den logischen Salto Mortale in Annette Schavans Argumentation mitzuvollziehen, wonach es sich lediglich um eine Einzelfallentscheidung handelt. Andere hingegen nehmen Schavans Begründungen kritisch unter die Lupe und zeigen, daß es sich bei den Fereshta Ludin vorgeworfenen Integrations- und Toleranz-Defiziten de facto um bloße "Unterstellungen" handelt (Martin Oehlen im Kölner Stadt Anzeiger, 22.7.1998) Ähnlich wie Ohelen argumentiert Patrick Bahners in der FAZ am 15.7.: Nirgends werde auch nur behauptet, Fereshta Ludin habe auf Schülerinnen Druck ausgeübt oder sonstwie zu missionieren versucht, von entsprechenden Beweisen ganz zu schweigen. Aber darauf kommt es offensichtlich auch gar nicht an. Denn über die genannten Gründe hinaus wird Ludin auch noch mangelnde Sensibilität für das Leiden ihrer "unterdrückten Glaubensschwestern" unterstellt. Eine islamische Lehrerin, schreibt beispielsweise der FR-Kommentator, müßte "bedenken, was ihr erfolgreiches Beharren auf dem Kopftuch bedeuten würde in unzähligen hier lebenden Familien, deren Töchter es schwer genug haben, sich gegen allzu orthodoxe und autoritäre Elternansprüche zu behaupten". (14.7.98) Der Ausschluß Kopftuch tragender Musliminnen vom Lehrerinnenberuf wird somit geradezu zu einem moralischen Gebot, zu einer den

Deutschen auferlegten Fürsorgepflicht gegenüber jenen muslimischen Mädchen und Frauen, die sich in der "freien" BRD vom Kopftuch bzw. vom Islam "emanzipiert" haben oder emanzipieren wollen.

In den Aachener Nachrichten begründet Margret Vallot-Göz, weshalb eine Kopftuch tragende Frau leider schon aus praktischen Erwägungen nicht Lehrerin werden könne. "Wie", fragt sie, "will eine Grundschullehrerin 20 oder mehr Kinder im Auge behalten, wenn sie nicht mitbekommt, was sich im äußersten Winkel ihres Blickfeldes abspielt? Wer mit Kindern zu tun hat, sollte die Augen überall haben, heißt es im Volksmund ..." (16.7.98) Diese Argumentation ist dermaßen an den Haaren herbeigezogen, daß man den Kommentar getrost in der Kuriositäten-Akte abheften könnte, würde er nicht eine weit verbreitete Grundhaltung gegenüber dem Islam auf die Spitze treiben: Natürlich ist man tolerant, weltoffen und hat - um Gottes Willen! - nichts gegen Muslime. Aber irgendwie fremd und unheimlich sind sie ja doch, und wer weiß, was unter so einem Kopftuch ausgebrütet wird? Deshalb ist es besser, wenn MuslimInnen gar nicht erst in Positionen mit pädagogischen, sozialen und politischen Einflußmöglichkeiten gelangen. Im Bemühen, das zu verhindern, und zwar ohne offen ausgrenzend und diskriminierend aufzutreten, ist dann oft die faden-scheinigste Begründung gut genug.

Häufiger - weil zumindest auf den ersten Blick seriöser und überzeugender anmutend - wird dazu allerdings auf ExpertInnen in und aus muslimischen Ländern Bezug genommen, die vor einer Unterwanderung der BRD durch "Fundamentalisten" warnen und als Gegenstrategie die rigorose Ausgrenzung aller MuslimInnen empfehlen, die sich und ihre Lebensweise in sichtbarer oder sonstwie spürbarer Weise an ihrer Religion orientieren. So wird in der FAZ der "prominente Islamwissenschaftler" Said al-Aschmawi mit der Feststellung zitiert, Frauen werde das Kopftuch von "Gruppen des politischen Islam" aufgezwungen, um sie von anderen Musliminnen und Nichtmusliminnen abzugrenzen. (28.7.1998) Wer Said al-Aschmawi ist, welche politische Richtung er vertritt

oder was seine Expertenmeinung für praktizierende MuslimInnen bedeutet, dürfte den allermeisten LeserInnen unbekannt sein. Natürlich meldete sich auch Bassam Tibi, der seit Jahren zu den meistzitierten "Kronzeugen" dieser Art gehört, im "Fall Ludin" zu Wort, und zwar mit der prägnant formulierten These "Es gibt kein Grundrecht auf das demonstrative Tragen eines Schleiers". Schavans Auffassung, daß es sich beim Kopftuch nicht um eine von der Religion vorgeschriebene Bekleidungsregel handelt, sondern um ein Symbol kultureller Ausgrenzung, wird von ihm voll bestätigt. Er setzt das Kopftuchtragen mit der Verstümmelung weiblicher Genitalien gleich, was seine Wirkung auf hiesige LeserInnen kaum verfehlen dürfte. (Der Tagesspiegel, 21.7.1998)

Zur Untermauerung einer Position, die kopftuchtragenden Lehrerinnen das Recht abspricht, an deutschen Schulen zu unterrichten, wird schließlich mit Vorliebe auf soziale und politische Verhältnisse, auf Demokratiedefizite, Menschenrechtsverletzungen und Frauenunterdrückung in den sog. islamischen Ländern hingewiesen. So erhält Schavan von Namo Aziz in der ZEIT vom 6.8. Schützenhilfe: "Wer von Deutschen Toleranz verlangt," postuliert Aziz, "muß sie auch selber beweisen". Wie es um die Toleranz(bereitschaft) Kopftuch tragender MuslimInnen bestellt ist, will er mit seinen persönlichen Erfahrungen belegen. Aber was hat Fereshta Ludins Begehren, in einer deutschen Schule zu unterrichten, mit der Lebensweise seiner unverschleierte Mutter oder mit ausgepeitschten und gesteinigten Frauen in anderen Weltregionen zu tun? Aziz' Solidaritätsbekundung mit ihren "unterdrückten Glaubensschwwestern" würde Ludin zweifellos unterschreiben. Ganz offensichtlich nutzt Aziz die Gelegenheit für eine höchst persönliche Abrechnung mit "dem Islam", wobei ihm das Grotke seiner Vorwürfe zu entgehen scheint: Muslime, die gern die - von Ungläubigen erarbeitete - deutsche Sozialhilfe in Anspruch nehmen, sogar das nach Aziz' Meinung wohl besonders verwerfliche Handeln reicher Muslime, die sich in deutschen Kliniken Organe von schweinefleis-

schessenden deutschen Spendern übertragen lassen, wirft er gegen Fereshta Ludins Rechtsanspruch auf die Waage.

Eine andere Argumentationsfigur bezieht sich in erster Linie auf die Türkei, ein "islamisches Land", wo das Kopftuchtragen an Schulen und Hochschulen schließlich auch nicht erlaubt sei (vgl. die Beiträge von W.G. Lerch in der FAZ, 17.8. u. 19.8.98). Deutsche PolitikerInnen und JournalistInnen, die den türkischen Staatslaizismus als ein dem ("modernen") Islam angemessenes politisches System verstehen - wobei sie bereitwillig sämtliche ihrer sonst vertretenen Vorstellungen von Demokratie, Religionsfreiheit usw. "vergessen". Schavan und die baden-württembergischen Parlamentarier hielten es denn auch nicht für nötig, sich vor der Landtagsdebatte und ihrer weitreichenden Entscheidung bei islamischen Theologen und Gelehrten sachkundig zu machen und zunächst einmal mit praktizierenden MuslimInnen über die Angelegenheit zu diskutieren. Statt dessen wurde eine Parlamentarier-Delegation auf Studienreise in die Türkei geschickt. Kein Wunder also, daß Schavan argumentiert wie die türkischen Generäle. (vgl. Senocak in der taz, 24.7.1998) Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß gerade JournalistInnen türkischer Abstammung, denen gewiß niemand Sympathisieren mit dem "Fundamentalismus" nachsagen kann, bemerkenswert fundierte und faire Beiträge publiziert haben. Erwähnt seien insbesondere die Artikel von Zafer Senocak und Dilek Zaptcioglu in der taz. Senocak bezeichnet die Stuttgarter Entscheidung als Berufsverbot, als einen Bärenienst an der deutschen Demokratie und als Wasser auf die Mühlen der Fundamentalisten. (24.7.1998) Zaptcioglu enttarnt scharfsinnig den dieser Entscheidung zugrundeliegenden "universalistischen Schwindel". (18.7.1998) Insgesamt zeigte die Medienberichterstattung über den "Fall Ludin" wieder einmal, daß in der öffentlichen Meinung zum Islam alle herkömmlichen politischen Bindungen außer Kraft gesetzt sind. Wir kennen ähnliches aus vielen Konflikten um den Neubau einer Moschee, um islamischen

Religionsunterricht an öffentlichen Schulen usw. In solchen Fragen zieht sich ein tiefer Riß durch die politischen Parteien, durch Kirchen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen etc., so daß die seltsamsten Allianzen und Gegnerschaften entstehen. In manchen Zeitungen wurden Beiträge aus unterschiedlichen, teils sogar aus konträren Positionen veröffentlicht (FAZ, SZ, DER TAGESSPIEGEL). Hervorzuheben im Bemühen um Informationsvermittlung und Fairneß sind Artikelserien im Tagesspiegel und im Kölner Stadt-Anzeigers sowie die überwiegend durch Toleranz, Offenheit und Respekt ausgezeichneten ZEIT-Beiträge (insbesondere die Artikel von Merle Hilbk, Martin Spiewak und Michael Lüders in der Ausgabe vom 23.7.1998). Sogar DER SPIEGEL, der sich ansonsten gern an vorderster Front im Kampf gegen den "Fundamentalismus" positioniert und sich durch etliche unfaire und diskriminierende Reportagen über MuslimInnen hervorgetan hat, veröffentlichte unter dem Titel "Die letzte Schlacht" (30/1998), d.h. das letzte Gefecht des christlichen Abendlands gegen den Islam, eine exzellente Analyse der politischen und kulturellen Hintergründe: Es handelt sich, so DER SPIEGEL, um einen "Kulturkampf", dessen Ursprünge weit in die Geschichte zurückreichen. Die Frage sei nicht, "ob eine deutsche Staatsbürgerin afghanischer Herkunft und muslimischen Glaubens" auch mit Kopftuch Lehrerin sein darf, sondern "Wieviel Religiosität verträgt der säkulare Staat?" (30/1998) Was dazu MuslimInnen, die sich ihrer Religion verbunden fühlen und die sich als MuslimInnen in die deutsche Gesellschaft integrieren möchten, zu sagen haben, wurde in der Medienberichterstattung zwar nicht ignoriert - Beachtung fanden vor allem die Presseerklärungen von ZDM und Islamrat -, aber generell zeigte der Verlauf der Debatte, daß seitens der MuslimInnen in Sachen Interessenwahrnehmung und Öffentlichkeitsarbeit weitaus mehr getan werden muß als bisher.

* Aus Platzgründen ist es nicht möglich, alle Zitate ordnungsgemäß zu belegen. Der Artikel mit allen Quellenangaben kann bei der GMSG angefordert werden.

* Eine Zusammenstellung von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zum "Fall Fereshta Ludin" kann gegen Einsendung von 10,- DM bestellt werden bei: eMeFeF - Muslimisches FrauenForum, Meerssenerstr. 9, 52074 Aachen

Muslimen und der deutsche Staat

Gedanken zu einem seltsamen Verhältnis

In den vergangenen beiden Jahren haben wir eine schwere Zeit für die muslimische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik durchleben dürfen. Zum ersten Mal wurde von einflußreichen Meinungsträgerin offen festgestellt und wiederholt betont, daß der Islam die größte Gefahr für die innere Sicherheit Europas im kommenden Jahrtausend darstellen wird, vor allem durch Dr. Peter Frisch SPD-Mitglied und Präsident des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kopftuchfrage äußerte der selbige seine Befürchtung, daß das Tragen von Kopftüchern bei Schülerinnen ein Zeichen von Ausgrenzung beinhalte und forderte muslimische Eltern auf ihre Töchter ohne Kopftuch in die Schulen zu senden. Ein Bericht des Amtes für Verfassungsschutz zählte sodann nahezu alle vorhandenen islamischen Institutionen dem fundamentalistischen und extremistischen Lager zu und warnte vor den Gefahren die von diesen Institutionen ausgehen würden. Was hat nun das Amt für Verfassungsschutz veranlaßt, solchermaßen schwere Vorwürfe zu erheben?

Gab es denn nun irgendwelche wie auch immer geartete Straftaten, die von den Muslimen oder islamischen Institutionen in der Bundesrepublik begangen worden sind?

In den vergangenen dreißig Jahren in denen nun eine große Anzahl überwiegend muslimischer Gastarbeiter in diesem Lande leben

hat es nahezu keine religiös motivierten Straftaten gegeben.

Das wird in den diversen Veröffentlichungen des Amtes auch bestätigt, jedoch wird meist weiter ausgeführt bleibt die potentielle Gefahr daß in der Zukunft etwas geschehen könnte, wenn Deutschland in Kriegshandlungen gegen ein muslimisches Land involviert werden würde und wir dann in Deutschland eine fünfte Kolonne wären. Interessante Gedankenspielerien, jedoch weit weg von jeder Realität. Deutschland war bereits in den letzten Jahren wie z.B. im 2. Golfkrieg in verschiedene Kriegshandlungen mit muslimischen Ländern involviert, ohne daß es zu einer wie auch immer gearteten sicherheitsrelevanten Phänomenen gekommen ist. So bleibt eine dritte Vermutung bestehen die viel mit der Rolle und der Zukunft des Amtes für Verfassungsschutz selbst zu tun hat. Lutz Hoffmann hat in einem bemerkenswerten Artikel nachgewiesen "Warum man das Feindbild Islam erfinden würde wenn es nicht bereits bestände" und verdeutlichte, aus welchem Grund es nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eines neuen Feindbildes bedurfte. Daß man sich nun gerade die Muslimen als neues Feindbild erkoren hatte, bedurfte keiner besonderen Anstrengung. Ein Jahrtausende alter Konflikt, begonnen mit den Kreuzzügen, danach der Vertreibung der Mauren aus dem andalusischen Spanien, kurz aufgeschreckt durch die Türken vor Wien, war spätestens mit der Machtübernahme des Imam Khomains und der irakischen und libyschen Auseinandersetzungen mit dem Westen wieder alles im Lot. Vergessen hatte man hierbei jedoch, daß Andalusien ebenfalls die Blütezeit der jüdischen und christlichen Wissenschaft unter muslimischer Herrschaft bedeutete und das Kaiser Friedrich II der Hohenstauffer Kamele auf dem Kaisermantel hatte, muslimische Statthalter einsetzte und als Muttersprache Arabisch sprach, der Kaiser des heiligen römischen Reiches deutscher Nationen, der Frieden mit Sultan Salah El Din schloß und friedlich Jerusalem

regierte. Vergessen auch die Befruchtung der deutschen Dichter und Denker in der Renaissance durch muslimisches andalusisches Gedankengut, was dazu führte daß Goethe dichtete:

Närrisch daß jeder in seinem Falle seine eigene Meinung preist, wenn Islam gottergeben heißt, in Islam leben und sterben wir alle!
 Er Ausflug in die Geschichte sollte uns nur an eines erinnern. Wenn man nach Unterschieden zwischen den Religionen und Kulturen sucht wird man einige finden und wenn man nach Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen und Religionen sucht wird man eben so viele finden. Um zu einem friedlichen und fruchtbaren Miteinander zwischen den Kulturen und Religionen zu kommen wird es notwendig sein die Gemeinsamkeiten zu suchen und hervorzuheben und auch manchmal das Andere anders sein lassen müssen! Der Verfassungsschutz sollte deshalb bemüht sein die Verfassung zu schützen und das friedliche Miteinander zu fördern, statt auf heute nicht vorhandene Gefahren hinzuweisen und die Bevölkerung in der Ablehnung des anderen zu unterstützen. Hoffen wir daß es im Sinne eines friedlichen Miteinanders dazu kommt.

Ibrahim F. El-Zayat

Unterrichten mit Kopftuch - eine "undeutsche" Berufstätigkeit? Fereshta Ludin kämpft um ihr Recht (Marlies Wehner)

Es gibt Staaten (wie z.B. Großbritannien, Dänemark), in denen Beschäftigte unterschiedlicher Religionszugehörigkeit - auch im öffentlichen Dienst, selbst im sensiblen Erziehungsbereich - nicht in erster Linie als Problem wahrgenommen werden. Dabei werden der Konsens über gesellschaftliche Grundwerte und die Einhaltung des durch die

Verfassung gesetzten Rahmens als Voraussetzung der Berufstätigkeit betrachtet. In Deutschland sieht es anders aus: Wenn hier - exemplarisch in Baden-Württemberg - darum verhandelt wird, ob eine kopftuchtragende Lehrerin SchülerInnen einer öffentlichen Schule in den Fächern Deutsch, Englisch und Gemeinschaftskunde unterrichten darf, so geht es dabei tatsächlich um eine grundsätzlichere Frage. Wer verfügt über die Macht, seine Definition von Kultur als diejenige Definition durchzusetzen, die für die breite Öffentlichkeit Gültigkeit besitzt? Wer diese Definitionsmacht besitzt, legt zugleich den Rahmen für Integration oder Ausgrenzung fest, bestimmt Kriterien für akzeptables bzw. abzulehnendes Verhalten, z.B. auch für das, was gesellschaftlich als Provokation empfunden wird, was als Teil deutscher Identität verstanden wird usw. Die im Fall Fereshta Ludin geführten öffentlichen Debatten zeigen wieder einmal: es wird zwar viel von Integration, interkulturellem Miteinander und Toleranz geredet, gefordert wird aber immer noch Assimilation im Sinne einer Einordnung in die Dominanzkultur (vgl. Birgit Rommelspacher). Welche Umgangsformen und politischen Entscheidungen sind folglich in unserer Einwanderungsgesellschaft möglich, wenn Modelle des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und Religionszugehörigkeit verhandelt werden? Ich möchte an einigen Thesen verdeutlichen, welche Streitpunkte zu verhandeln wären.

1. Unstrittig existiert ein Feindbild Islam, insbesondere festgemacht an der Rolle der Frau. Abgelehnt wird dabei nicht der Islam als Ganzes, nicht die friedliche Religion in Abgrenzung zu fanatischen Erscheinungsformen, über die ja ein Konsens denkbar wäre. Die Trennungslinie für das, was bei uns akzeptabel ist, und das, was nicht in das westliche Gesellschaftsmodell zu passen scheint, verläuft entlang der Schiene privat - öffentlich. Daher ist nur ein zurechtgestutzter "Euroislam" à la Bassam Tibi kompatibel genug für hiesige Vorstellungen von der Rolle der Religion in Gesellschaft und Staat; jedoch ist kein Platz für den Islam in den Institutionen, innerhalb politischer Entscheidungsprozesse, wird doch die öffentliche Präsenz der Religion mit - längst durch Säkularisierungsprozesse überwundenem - "Fundamentalismus" assoziiert. Welchen Raum hat unter diesen Bedingungen der Islam in Deutschland? Wie weit sind MuslimInnen als Teil dieser Gesellschaft anerkannt? Wie muß der Islam aussehen, mit dem die Mehrheitsgesellschaft leben kann/will?

2. Welche Schlußfolgerungen werden nun aus der Erkenntnis gezogen, daß in unserer Gesellschaft ein durch einseitige Medienberichterstattung und immer wieder weitergegebene Vorurteile geprägtes verzerrtes Wahrnehmungsmuster herrscht? Man sollte meinen, daß hier den Schulen, zu deren Erziehungszielen in einer faktischen Einwanderungsgesellschaft sicher auch interkulturelle Kompetenzen, Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Weltanschauungen und Lebensorientierungen im Rahmen

der vom GG gesteckten Grenzen gehört, ein wichtiger Auftrag zukommt. Wieso gehört dann nicht auch Lehrpersonal unterschiedlicher Lebensorientierungen und Weltanschauungen dazu? Wieso sollte die Einübung von Toleranz und interkultureller Kompetenz gefährdet sein im Kontakt mit einer kopftuchtragenden Lehrerin? 3. Im Fall Fereshta Ludin wird einer einzelnen Frau die mögliche Vereinnahmung des Tuchs als politisches Kampfsymbol zum Vorwurf gemacht. Das faktische Berufsverbot wird vom Oberschulamt und der Ministerin damit begründet, daß Frau Ludin nicht die "richtigen" Konsequenzen aus der möglichen Vereinnahmung durch andere und der möglichen negativen Signalwirkung ihrer persönlichen Entscheidung für andere muslimische Frauen und Mädchen ziehe. An dieser Konstruktion wird ihre vermeintlich mangelnde Eignung für die Anstellung als Lehrerin/Verbeamtung festgemacht. Was wären nun die "richtigen" Konsequenzen? Sie soll ohne Kopftuch unterrichten; sie soll es ausziehen und damit ihrerseits signalisieren, daß sie die Spielregeln unserer Dominanzkultur verstanden und akzeptiert hat. Der Erziehungsauftrag der Schule wird folglich dahingehend interpretiert, daß die gewünschte vorgelebte Toleranz nur von Lehrpersonal verkörpert werden kann, welches im westlich-abendländischen Sinn Nachahmungssignale zu geben vermag. Jetzt wird deutlich, was Fereshta Ludins Berufsverbot mit der sogenannten "Entscheidung für die Integration muslimischer junger Menschen" zu tun hat. Daß es immer noch MuslimInnen gibt,

die eine andere Vorstellung von ihrer Lebensgestaltung haben, diese gar an ihrer Religion, dem Islam, orientieren, muß bekennenden Westlern wie ein Anachronismus scheinen. Danach ist es nur eine Frage der Zeit und des sanften aber beständigen erzieherischen Drucks, bis auch der und die letzte sich für den westlichen way of life entschieden haben wird.

4. Es wird gesagt, das Lehrpersonal repräsentiere staatliche Werte und Normen. Die hier vorherrschende Interpretation der staatlichen Werte und Normen hat offensichtlich keinen Raum für den Islam bzw. für praktizierende Musliminnen, sonst würde die Abgrenzung nicht immer wieder betont. Warum kann Fereshta Ludin, die ihr Studium und ihr Referendariat glänzend absolviert hat, sich als Teil dieser Gesellschaft versteht und in Ausbildung und Unterricht ihre Integrationsfähigkeit bereits hinreichend unter Beweis gestellt hat, nicht auch Repräsentantin unserer Werte und Normen sein, zumal sie selbst offensichtlich keinen Konflikt sieht zwischen ihrer persönlichen Glaubensentscheidung und den zu vermittelnden Lern- und Erziehungszielen der deutschen Schule? Das Berufsverbot trifft Frau Ludin direkt, nicht wegen fachlicher Mängel oder wegen des Vorwurfs unzulässiger Agitation im Unterricht, der im Übrigen auch schon durch das für Lehrpersonal geltende Mäßigungsgebot zu begegnen wäre. Auch ihre deutliche Distanzierung von rückständigen und frauenfeindlichen Interpretationen des Islam genügt nicht. Warum aber sollten SchülerInnen dann damit überfordert sein, von einer

kopftuchtragenden Lehrerin unterrichtet zu werden? Was signalisiert diese Lehrerin? Zu welchen Auseinandersetzungen mit Klischeevorstellungen und gängigen Wahrnehmungsmustern kann gerade diese Unterrichtssituation anregen? Warum kann Schule nicht auch durch das Kollegium die gesellschaftliche Realität unserer Einwanderungsgesellschaft repräsentieren?

5. Zur Beurteilung islamischer Vorschriften hat sich Annette Schavan u.a. in der Türkei kundig gemacht und fast durchgängig auf der Basis von islamkritischen Interpretationen festgelegt, das Tragen eines Kopftuches sei keine islamische Pflicht, es handle sich um ein überflüssiges Kleidungsstück und müsse daher auch nicht vom Oberschulamt toleriert werden. Wie kommt eine deutsche katholische Kultusministerin dazu, sich anmaßend selbst in den Rang einer islamischen Rechtsgelehrten zu erheben, indem sie eine Art "Kopftuchfatwa" erläßt, in der sie den Islam verbindlich für in Deutschland lebende Musliminnen auslegt? Die innerislamischen - in der Regel hier im Westen kaum verfolgten - Debatten zeigen einen breiten Konsens der Rechtsgelehrten in Bezug auf die islamischen Bekleidungs Vorschriften, die letztlich in persönlicher Entscheidung zu befolgen sind. Wenn in diesem Zusammenhang auch Fälle von Zwang auftreten, so kann dies wohl kaum einer einzelnen Muslima zur Last gelegt werden. Vielmehr könnte gerade auch eine kopftuchtragende gebildete, selbstbewußte und fachlich qualifizierte Lehrerin gängige Klischees und Rollenmuster im Sinne eines

positiv interpretierten Islam aufbrechen. Allerdings scheint diese Möglichkeit kaum gewünscht zu sein. In den öffentlichen Debatten wird i.d.R. lediglich der Schutz von Kopftuch-Gegnerinnen gefordert. Wer aber schützt praktizierende Musliminnen vor Druck und Assimilationszwängen an deutschen Schulen, die ja aus westlicher Perspektive immer nur befreiend wirken können?

6. Warum suchen die Ministerin und das Oberschulamt in diesem Konflikt nicht auch einmal das Gespräch mit Muslimen in Deutschland, z.B. mit den islamischen Dachverbänden oder mit islamischen Gemeinden und Vereinigungen vor Ort, statt überwiegend westlich orientierte Muslime als Informanten heranzuziehen? Nicht das Gespräch mit den Betroffenen selbst sucht die Ministerin, sondern sie stützt sich - ausgerechnet - auf türkische Entscheidungen zur Kopftuchfrage. Dort wird zur Zeit gezielt antiislamische Politik betrieben; das dort herrschende Verbot von Kopftuch und Vollbart in öffentlichen Einrichtungen, also eine rigide und willkürliche Kleiderordnung, soll jedoch Beweis für die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit der hiesigen Ablehnung sein. Die Türkei als Vorbild in dieser Frage sollte mißtrauisch machen, werden hier doch ganz willkürlich Aspekte, die uns in die Politik passen, gelobt, während zugleich der Beitritt unseres "Vorbildes" in die EU an mangelnder Zivilisationsfähigkeit in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten usw. scheitert. Warum sollte nun ausgerechnet die massive unter militärischem Druck durchgesetzte Unterdrückung islamischer Gruppen unser Maßstab im Umgang mit

MuslimInnen in Deutschland sein?

7. In der Diskussion um den Fall Ludin taucht gelegentlich auch das Argument auf, wer ein Kopftuch trage, provoziere die Ausgrenzung. Dies ist nebenbei bemerkt ein altes gängiges Muster rassistischer Argumentation, mit dem Ausgrenzungspraktiken sehr entlastend gerechtfertigt werden können. Nicht wir, nicht unsere Gesellschaft ist das Problem, wir sind offen genug, nur die "Fremden" halten an überkommenen Verhaltensweisen, die zudem auch nicht gut sind für sie, beharrlich fest. Auch Fereshta Ludin wurde in diversen Zeitungsartikeln vorgeworfen, sie halte "beharrlich" an ihrer Entscheidung fest, ein Kopftuch zu tragen. Wer sich so stur aufführt, kann nach westlicher Lesart doch nur provozieren wollen. Warum ist hier der Gedanke so abwegig, das Tragen des Kopftuchs tatsächlich als Teil des gelebten Glaubens von Frau Ludin und als inzwischen von ihr gewünschter Aspekt ihrer Persönlichkeit zu verstehen, die keineswegs mit den Erziehungszielen der Schule in Deutschland kollidieren müssen? Sind unsere staatlichen Werte und Normen tatsächlich so eng gefaßt, daß die persönliche Entscheidung, ein Kopftuch zu tragen, bereits den Rahmen sprengt?

Fazit: Was als Symbol der Ausgrenzung zu verstehen ist, was eine Provokation darstellt, wofür und in welchem Maß Toleranz aufgebracht wird, sind Ergebnisse gesellschaftlicher Verhandlungen und keineswegs objektiv zu erkennende und universal gültige Erscheinungen. Dabei haben die Verhand-

lungspartner offensichtlich unterschiedliche Machtpositionen. Die Argumentationslinie von Ministerin und Schulamt entspricht dieser Definitionsmacht. Deren Logik folgend wird zugleich festgelegt, welchen Platz der Islam in unserer Gesellschaft hat und wo die Grenzen der Glaubensfreiheit in unserem Lande liegen: gewünscht ist eben nicht die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften trotz grundgesetzlich formulierter Vorgabe. Als Putzfrau mag Fereshta Ludin ein Kopftuch tragen, soviel Toleranz wird aufgebracht, als Lehrerin jedoch sprengt sie den Rahmen unseres Weltbildes. Da wird das neutrale, objektive Lehrpersonal ohne deutliche politische, religiöse, weltanschauliche Überzeugungen beschworen, quasi Lehrer in Uniform. Oder es werden nur diejenigen Ausprägungen von Individualität zugelassen, die dem westlichen way of life und den mehrheitlich verbreiteten Lebenspraxen nah genug sind und die im Abendland gemachten Erfahrungen mit christlicher Religion, Kirche und Moral wiedergeben.

Trotz anderslautender Beschwörungen geht es hier nicht nur um einen Einzelfall, um die spezielle Eignung von Frau Ludin, sondern darum, wie diese deutsche Gesellschaft mit islamischer Glaubenspraxis umgeht. Unter Umgehung eines generellen Kopftuchverbotes, das - wie die Ministerin selbst zugibt - wohl zu Recht verfassungswidrig wäre, wird in der Praxis ein generelles Berufsverbot für kopftuchtragende Lehrerinnen in Gang gesetzt. Die praktischen Auswirkungen können wir an vielen Schulen schon beobachten: Schülerinnen

werden zunehmend unter Druck gesetzt, künftigen Lehramtsanwärterinnen weht der Wind ins Gesicht. Zwar können sie - **a u f g r u n d** **d e s** Ausbildungsmonopols des Staates - ihre Ausbildung mit Tuch beenden, an eine spätere Anstellung ist aber wohl kaum zu denken unter den nun geschaffenen Bedingungen. Ein härteres Klima in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes mit Auswirkungen auch auf die Einstellungs- und Beschäftigungspraxis der freien Wirtschaft entspricht ebenfalls der Logik dieser Art von Konfliktbewältigung. So wurde z.B. jüngst der Arbeitsvertrag einer Postbotin (Berufskleidung war die übliche Post-Uniform, ergänzt durch ein Kopftuch der praktizierenden Muslimin) nicht verlängert mit der Begründung, eine kopftuchtragende Postbotin entspreche nicht dem Image der Deutschen Post. Man darf gespannt sein auf die ersten

examierten muslimischen An- **w ä l t i n n e n** **u n d** Staatsanwältinnen, deren Auftreten im Gerichtssaal dann wohl auch zu Identitätskrisen der deutschen Justiz führen mag. **D a s G e r e d e** **ü b e r** **G l a u b e n s f r e i h e i t**, Güterabwägung und die vorgeblich schwierige Entscheidungsfindung im Fall Ludin soll vielmehr davon ablenken, wie problematisch es ist, glaubwürdige Konstruktionen für die Begründung eines Kopftuch-Verbotes zu finden in einer Gesellschaft, die offiziell die Trennung von Staat und Religion, die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften und die Freiheit der individuellen Religionsausübung behauptet. Offensichtlich gilt hier keineswegs mehr die Regel, daß Religionen nicht bewertet und nur da bekämpft werden dürfen, wo demokratische und freiheitliche Fundamente bedroht werden, und daß die

Religionsausübung nur dann eingeschränkt werden darf, wenn sie die öffentliche Ordnung beeinträchtigt. Der Fall ist klar: Wenn Fereshta Ludin das Tuch ablegt, ist die Welt der Ministerin, des Oberschulamtes und der westlichen Bekenner wieder in Ordnung. Wenn Muslime den Islam so bewältigen und ausleben, wie es das Abendland mit seinen mühseligen Abnabelungskämpfen von den christlichen Kirchen vorgemacht hat und wie es nach soviel Anstrengung auch unbedingt an die Kinder weitergegeben werden soll, klappt es doch mit dem interkulturellen Zusammenleben. Daß diese Umgangsformen wenig mit Integration, offener Gesellschaft und interkultureller Kompetenz zu tun haben, sondern die eigentlich zu überwindende Ausgrenzungspraxis vorleben und zementieren, liegt auf der Hand.

RESTAUFLAGE

Von der *Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland e.V.* gibt es noch Publikationen, die jetzt zum günstigen Restauflagenpreis für kurze Zeit erhältlich sind.

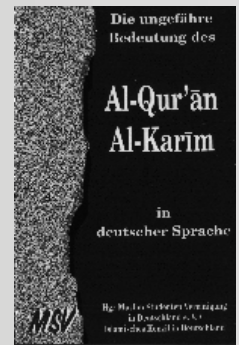
Bis zum 15.12.98 erhalten Sie bei Abnahme von 10 Exemplaren einen Nachlass von **25%**

Fordern Sie unverbindlich unsere Publikationsliste an !

MSV – Buchversand Marbacher Weg 26 a 35037 Marburg Tel/Fax:06421-65535

Die ungefähre Bedeutung des Al-Qur'an Al Karim in deutscher Sprache
ISBN 3-932399-14-5
Format 11 x 17 cm

Die MSV hat in zweifacher Ausführung die gängige und bewährte Quranübersetzung von Muhammad Ahmad Rassoul herausgegeben. Endlich ist auf dem deutschen Büchermarkt eine Quranausgabe in praktischem Format erhältlich, die von einem deutschsprachigen Muslim stammt. Diese Quranübersetzung ist die einzige von der berühmten Al Alzhar Universität autorisierte Ausgabe in deutscher Sprache.



ZEITSCHRIFTEN

Schwerpunktthema von Nr. 14/15 (Herbst 1998) der Zeitschrift inamo - Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten - ist ALGERIEN. Das Heft enthält u.a. Beiträge von Remy Leveau, Francois Burgat, Werner Ruf, Martina Sabra und Salima Mellah. Die AutorInnen setzen sich kritisch mit den gängigen Klischeebildern vom islamistischen Irrationalismus und Terror als Ursache des algerischen Desasters auseinander und gehen insbesondere den ökonomischen und machtpolitischen Interessen algerischer Politiker und Militärs sowie ihrer westeuropäischen Verbündeten nach. Auch wenn viele Fragen offen bleiben, vermitteln die Artikel doch einigen Aufschluß über die historischen und sozialen Hintergründe, über die Spätwirkungen des Kolonialismus und die wirtschaftlichen Interessen der im allgemeinen nur als chaotisch und brutal wahrgenommenen Entwicklungen in Algerien. Weitere Artikel beschäftigen sich u.a. mit den audiovisuellen Massenmedien im Libanon (Thomas Scheffler), mit iranischen Zeitschriften (Katajun Amirpur) sowie dem Besuch von Kaiser Wilhelm II. in Damaskus (Norbert Mattes). Erwähnenswert ist schließlich ein Interview mit dem Philosophen Hasan Hanafi.

Bestelladresse: Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin

Preis: 15,-- DM (Doppelheft)

NEUERSCHEINUNGEN

Deutsch-arabischer Mediendialog, 12.-13. Mai 1998 in Amman/Jordanien. ifa dokumente 2/1998

Im Mai 1998 fand in Amman/Jordanien der zweite Deutsch-arabische Mediendialog statt. Referenten der Tagung waren Udo Steinbach und Kai Hafez (Deutsches Orient-Institut Hamburg), Nasr Hamid Abu Zayd (Universität Kairo/Leiden NL), Gernot Rotter

(Chefredakteur von Ad Dustour, Amman), Jochen Hippler (Köln) und Tarek Heggy (Ibn Khaldoun Center, Kairo). Wegen strikter Limitierung der Redezeit konnten sie ihre Themen nicht mit der eigentlich erforderlichen Gründlichkeit erörtern. Trotzdem sind die Beiträge aufschlußreich, beispielsweise Abu Zayds Argumente für eine strikte Trennung von Religion und Politik und seine Kritik an Udo Steinbach, der nach seiner Ansicht die Gefahren des "Fundamentalismus" unterstreicht. Mehrere arabische Referenten fordern die deutschen Teilnehmer zu einer gerechteren Haltung in der Palästinafrage auf. Die ü

berwiegend pro-israelische Berichterstattung deutscher Medien wurde als diktiert von einem unangemessenen "Schuldkomplex" kritisiert. Nabil Sharif bezeichnet die "Einpflanzung Israels in das Herz der arabischen Welt" sogar als vielleicht "schlimmste Sünde des westlichen Kolonialismus". Von deutscher Seite wurde dagegen die unter Arabern verbreitete Neigung zurückgewiesen, dem Westen eine gegen den Islam gerichtete Verschwörung zu unterstellen.

Die Beiträge sind in deutscher und arabischer Sprache dokumentiert.

Bezugsadresse: Institut für Auslandsbeziehungen e.V.,

ANZEIGEN

algeria-watch

Infomappe 5 (Juli 1998)

Inhalt u.a.: Dossier Milizen * Berichte über internationale Untersuchungskommissionen * Wem nützt der Krieg? (Luis Martinez) * Debatte Francois Burgat - Luis Martinez

Preis: 4,-- DM (Einzelheft), 15,-- DM (Abo)

Bezugsquelle: algeria-watch, Postfach 360164, 10997 Berlin, Fon/Fax: 030/62709887

Gesucht: Literatur(angaben) und wissenschaftliche Arbeiten zum politischen Selbstverständnis islamischer Bewegungen und Parteien, z.B. Hamas u. Refah für Dissertation.

Bitte melden bei Nurahayat Tuncel, Wolmatingerstr. 2, 78467 Konstanz

Gesucht: DIF (?)

Veranstaltungsreihe: Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft- Nord-Süd-Fragen

Termin: 28.-30.05.1999

Thema: Islam und Politik - Politik und Muslime in Deutschland

Ort: Jugendhof Vlozho, Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe Oeynhausener Str. 1
32602 Vlotho

Evangelische Akademie Hofgeismar

Thema: Fremd als Deutsche in Deutschland

Termin: 29.10.98

Tagungsbeitrag: 30,-DM

Ort: Evangelische Akademie

Postfach 1205

34362 Hofgeismar

Thema: Hinter dem Schleier - Die Gesichter der Weltreligion Islam

Termin: 28.12.98 bis 5.1.99

Tagungsort: St.Andreasberg

Tagungsbeitrag: DM 435/320

Information und Anmeldung über

Internationales Haus Sonnenberg:

Postfach 2654, 38016 Braunschweig

Telefon: (0531) 243 64 - 0

Telefax: (0531) 243 64 - 50

1998-Dezember-28 bis 1999-Januar-01 * Mailand

Das 21.Europäische Jugendtreffen, von der Communauté von Taizé vorbereitet.

Quelle: (katholische) Kirchenzeitung Koeln, 15.Mai 1998

1999-April-06 bis 1999-April-17 *

Studienreise Syrien

Besuch in Gemeinden, Kloestern, diakonischen und paedagogischen Einrichtungen, verschiedenen Kirchen, Begegnung mit Bischoefen. Schwerpunkt werden Damaskus und Aleppo sein. Die Unterbringung erfolgt in zum Teil einfachen kirchlichen Gaestehausern.

1998-November-26 * Altdorf

Donnerstag, 20:00 Uhr

Warum beten wir? Mit Berichten von Christen und Muslimen

Ort: Dekanatsaal Kirchgasse 6 hinter der Laurentiuskirche

Auskunft:

Ruth Boenigk, 90518 Altdorf,

Frankenstr.40, Telefon (09187) 55 80

Dr.M.El-Mahgary, 90518 Altdorf, Badener Str.67

Telefon (09187) 18 20

1998-November-03 bis 1998-November-

06 * Kloster Kirchberg/Sulz

3.Kirchberger Gespraech

1999-Juni-16 bis 1999-Juni-20 * Stuttgart

28.Deutscher Evangelischer Kirchentag Hohnerstr.25

70469 Stuttgart

Telefon: (0711) 896 62 - 0

Die Dialoggruppe "Christen und Muslime im Gespraech" der Arbeitsgemeinschaft

Christlicher Kirchen in Stuttgart (ACK)

plant eine Koje auf dem Markt der

Moeglichkeiten waehrend des

Kirchentages 1999 in Stuttgart. Es

werden dringend Interessenten gesucht,

die zur gemeinsamen Konzeption und

Durchfuehrung eines solchen Standes bereit sind.

Barbara Buerkert-Engel

Hechingerstr.40

70567 Stuttgart

Telefon=Fax (0711) 717 08 40

1998-November-03 * Koeln

Der Beitrag der Religionen zur europaeischen Integration.

In Zusammenarbeit mit der Deutsch-

Ungarischen Gesellschaft.

Teilnehmerbeitrag DM 10.

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung.

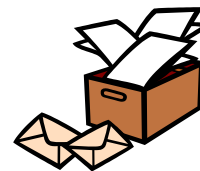
1998-November-05 * St.Augustin-Muellendorf
 Donnerstag 19:30 bis 21:30 Uhr
 Thema: Der Zyklus von Leben und Tod aus der Sicht des Islam.
 Referent: Schech Bashir Ahmad Dultz.
 Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Evangelisches Gemeindezentrum), St.Augustin-Muellendorf
 Die Zuhoerer sollen erfahren, welche jeweilige Praxis vor dem Sterben, waehrend des Sterbens, zum Zeitpunkt des Todes und nach dem Tod fuer den sterbenden Menschen wie auch fuer die Angehoerigen ausgeuebt und angeboten wird.

1998-November-17 * Bonn
 Dienstag
 Ein christlicher Club?
 Zur religioesen Identitaet Europas
 Die Veraergerung der Tuerkei ueber die Europaeische Union hat auch Fragen nach der religioesen Identitaet neu aufgeworfen. Beruht ein europaeischer Grundkonsens auf christlicher Kultur? Foerdert die weitgehende Saekularisierung der europaeischen Gesellschaften eine neue Konkurrenz der Religionen oder eine staerkere Gemeinsamkeit aller Gott-Glaeubigen? Wo steht der europaeische Dialog zwischen Christen, Moslems und Juden? Was sind seine Institutionen, was seine Inhalte?
 Veranstaltung 260 der Thomas-Morus-Akademie in Zusammenarbeit mit der Europaeischen Foederalismusakademie Bonn
 Ort: Universitaetsclub Bonn

1998-November-20 bis 1998-November-22 * Koenigswinter
 Dialogseminar Christentum-Islam
 Veranstalter:
 Deutsche Muslim-Liga Bonn und Evangelische Erwachsenenbildung an Sieg und Rhein.

Weitergehende Informationen gibt es bei
 eeb unter (02241) 549 449 telefonisch oder
Deutsche Muslim-Liga Bonn e.V. per EMail

1998-November-28 bis 1998-November-29 * Aachen
 Der alevitische Weg im Islam.
 Geschichte - Hintergruende - Geisteswelt.
 Mit Eyuep Ozguen, Aachen und anderen.
 Veranstalter: Bischoefliche Akademie des (katholischen) Bistums Aachen



Gesucht

Das IPD sucht eine promovierte **Pädagogin**, die Lust an der innovativen, kreativen Gestaltung von Unterricht hat und bei der Erarbeitung von Seminarkonzepten mitarbeiten kann.

Gute Kenntnisse in Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Arabisch, Türkisch) sind Voraussetzung. Die Interessierte sollte Erfahrung in Mediatorentraining mitbringen. Anfragen sind mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse, Referenzen) schriftlich zu richten an:
 IPD - Institut für internationale Pädagogik und Didaktik

Dollendorfer Str. 6
 50939 Köln
 Fax: 0221/462533